ZECK

Nr. 126 Mai / Juni 2005

Das Info aus der Roten Flora



60 Jahre Befreiung

Vorwort

Passend zum 60. Jahrestag des Kriegsendes und der Niederschlagung des Nationalsozialismus ist ein ehemaliger deutscher Flakhelfer und Hitlerjunge zum Stellvertreter Gottes auf Erden gewählt worden. Der erzkonservative Antikommunist und Abtreibungsgegner Ratzinger ist mittlererweile immerhin mit dem Vorzug der Unfehlbarkeit ausgestattet. In Deutschland führte der erste Papst der Nachkriegszeit zu nationalem Taumel und Begeisterung. Merkel ist fast den Tränen nahe, als sie vom Stolz der Deutschen über diese Entscheidung faselt. Rütgers erklärt passend, der Katholizismus sei allen anderen Religionen der Welt überlegen (mithin der deutsche Hassprediger im Vatikan). Die Bildzeitung prahlt gar in riesigen Lettern: Wir sind Papst! Mehr noch, gegenüber Kritik in der britischen Presse wird der deutsche Papst in Schutz genommen. So wie in den 70'er Jahren Frauen im Stern bekannten "Ich habe abgetrieben" bekennen sich in der Bild deutsche Papstfreunde unter dem Motto "Auch ich war in der Hitler Jugend". "Ich schäme mich nicht dafür" leistet ein ehemaliger Kamerad Schützenhilfe und gibt zu verstehen, der Papst müsse sich für die Hakenkreuzbinde ebenfalls nicht schämen.
So setzte sich in der Papstwahl fort was AntifaschistInnen schon seit langem kritisieren: Die Abwicklung deutscher Geschichte und die Relativierung deutscher Kriegsverbrechen und der Shoa. In dieser Ausgabe befindet sich unter anderem ein Interview, das sich um den 8. Mai und 60 Jahre Befreiung dreht. Weiter befindet sich ein Aufruf im Heft, der sich gegen die Ausgrenzung Überlebender des KZ Neuengamme während der offiziellen Feiern richtet und zu deren kritischen Teilnahme aufruft, und ein Text aus dem ak zu den 8.Mai-Demos in Berlin.

Vom 05.-08. Mai findet in Hamburg der Buko statt. Wir Viertelautonome grüßen die BesucherInnen der Konferenz und wünschen gutes Gelingen. Wir gedenken heiter des Buko in Kassel und freuen uns vor allem auf einen entsprechenden Praxisteil am Samstagnachmittag...

Viel Power wünschen wir allen Angeklagten im Zusammenhang mit dem Wasserturm und der Wagenplatz-Räumungen. Entsprechend wünschen wir allen Bullen, StaatsanwältInnen und RichterInnen schon mal vorsorglich die Krätze, eingewachsene Fußnägel und Depressionen an den Hals.

der ewige anti-christ zeck

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30,
20148 Hamburg
Kontakt: zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-habe-name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (Mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!) Eigendruck im Selbstverlag

#Anarchistischer Koordinations- und Kennenlerntag

Wir haben uns im April mit 8 Hamburger anarchistischen Gruppen und Projekten getroffen und die Idee eines anarchistischen Treffens in Hamburg entworfen. Es soll an einem Samstag Anfang Oktober stattfinden.

Der Sinn des Treffens soll sein, sich gemeinsam in der Öffentlichkeit zu präsentieren und sich miteinander auszutauschen um uns bekannter zu machen und durch gemeinsame Aktionen an Stärke zu gewinnen. Außerdem sollen an diesem Tag die verschiedenen Konzepte aufgezeigt werden um interessierten Leuten Anregungen zu geben sich zu organisieren. An dem Tag soll es einen gemeinsamen Vortrag geben, verschiedene AG's, Lesungen, Infostände sowie verschiedene Aktionen und ein grofles Gratis-Konzert.

Das nächste Vorbereitungstreffen. Zu den wir alle herzlich einladen, findet am Donnerstag den 26. Mai um 19 Uhr in der "Schwarzen Katze" in der Fettstr. 23 statt.

archiv braucht bewegung

wir, das archiv der sozialen bewegungen in der roten flora suchen menschen, die auch Lust am archivieren haben.

voraussetzung:

keine angst vor papierbergen und selbstständigem arbeiten, revolutionäres bewusstsein, hohe belastbarkeit und teamfähigkeit.

wir bieten:

viel arbeit, keine bezahlung, aber jede menge spaß mit aktuellen und alten zeitschriften, broschüren, flugis, plakaten vom hamburger aufstand bis zur verhinderung des hotels im schanzenpark.

wir sind:

ein mittelständiges archiv mit 15 jähriger erfahrung in sammlung und aufarbeitung linker geschichte.

vorstellungstermine:
montags und donnerstags 17-20 Uhr.
kontakt: archiv der sozialen bewegungen
schulterblatt 71 20357 hamburg
tel: 040/433007 mail: asb@nadir.org

#Kein Vergeben - kein Vergessen

Antifaschistische Demonstration gegen den Heisenhof in Dörverden.

08. Mai 12 Uhr Hassel bei Verden/ Dörverden

www.heisenhof.info

#Beschlagnahmung der "radikal" und Warnschüsse gegen Plakatierer des Radikal-Soli-Plakates

Am 12.03.05 startete mit Eimern, Quasten, Leim, Plakaten und Infozetteln bewaffnet eine Solidaritäts-Plakatieraktion für die linksradikale Zeitschrift "radikal". Die verteilten und verklebten Infozettel erläuterten den Hintergrund: "Am Dienstag, den 08.03 05, kam es in zwei Berliner Wohnungen und einer Arbeitsstelle zu Hausdurchsuchungen durch den Berliner Staatsschutz. Zwei Personen wurden vorläufig festgenommen. Überfallartig wurden Ihnen auf der Straße Säcke über den Kopf gezogen. Der Vorwurf: Vertrieb der linksradikalen Zeitschrift "radikal". Die 1976 gegründete Zeitschrift Radikal, ein wichtiges Diskussionsorgan für die radikale Linke, muss seit 1984 verdeckt produziert und vertrieben werden. Für eine unkontrollierte freie, radikale und geschickte Medienarbeit! Lest, lebt und klebt Radikal! Demonstration zum Tag der politischen Gefangenen – 19.3.2005 – 13:00 – Treptowcenter Elsenstraße" .

So in etwa lautete der Zettel, der auf den altbekannten Radikal-Soliplakaten "Die Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht!" prangte. Auf ca. 200 m der Kastanienalle waren sie eine halbe Stunde später dicht geklebt, für wirklich niemanden im Samstagsabendgetümmel zu übersehen. Während der Plakatiererei war den KleberInnen die Aufmerksamkeit der PassantInnen gewiß. Durch Aktivbürgertum oder normale Streifentätigkeit traf irgendwann ein erstes Bullenauto ein und fuhr mit großer Schnelligkeit auf den Bürgersteig. Einige PassantInnen mussten ausweichend zur Seite springen. Dann folgte ein Heldenstück der besonderen Art: Die beiden übereifrigen Polizisten (von wirklich unangenehmer Gestalt) versuchten, einzelne Leute herauszugreifen. Großes Durcheinander: Empörte Autofahrer schrieen die Polizisten an, was das hier solle, die Plakatgruppe zerrte an den Rausgegriffenen, um sie den Bullen zu entziehen. Bereits im deutlichen Gefühl der Unterlegenheit drohte einer der Bullen, Pfefferspray einzusetzen, was dann später auch passiert. Dann nach einem Moment der Verwirrung, alle PlakatiererInnen waren wieder frei, hatte einer der Bullen offensichtlich selber Spray ins Gesicht bekommen. Er stand alleine auf der Straße, leicht taumelnd und zog in diesem Moment seine Pistole. Nach kurzem Rumfuchteln schoß er mit ihr schräg in die Luft. Kurze Zeit später wurde er, offensichtlich wirklich nichts mehr sehend, von seinem Kollegen in eine nahegelegene Kneipe geschoben. Gekriegt haben die Bullen wohl niemanden, da konnte auch die später angerückte Verstärkung nichts ausrichten. Zum Ausgleich versuchten sie stattdessen im nahen Café Morgenrot zu stressen, was ihnen jedoch nicht gelang.

Für eine unkontrollierte freie, radikale und geschickte Medienarbeit! Lest, lebt und klebt Radikal"

#Hamburg den Prozess machen!

Vor ca. einem Jahr demonstrierten ca. 300 Leute, darunter 100 WagenbewohnerInnen mit ihren Lastern, in der Hafenstrasse in Hamburg für mehr Akzeptanz des Wagenlebens. Die Polizei sprach der Versammlung das Versammlungsrecht ab, räumte die Strasse, zerstörte Teile mehrerer Wagen, verklagte 47 Leute wegen Nötigung. Die Strafbefehle bewegen sich zwischen 750 und 1500 Euro.

Das alles stützt sich allen Ernstes auf die Behauptung, dass die Aktion keine politische Versammlung war .

Also sowieso: Freispruch für alle Angeklagten im "Pünktlich sein"-Prozess! Und Wagenplätze kommen und bleiben überall.

Demo: 09.05. 17 Uhr Rote Flora, Achidi-John-Platz

Kundgebung:

10.05. ab 8 Uhr, Sievekingsplatz. Mit Livemucke und Freispruch und Abends Party im Störtebeker

#Solidarität mit dem SZ Norderstedt

Am 02.04.05 zog eine bunte Demonstration von vorwiegend Jugendlichen durch die Innenstadt der kleinen Ortschaft Norderstedt um für den Erhalt des Sozialen Zentrums Norderstedt zu demonstrieren.

Angefeuert von einer Pink & Silver Cheerleading Gruppe zog sie kraftvoll bei schönstem Sonnenschein durch die verschlafene Ortschaft, lautstark ihren Protest gegen die CDU-Politik äussernd, die nicht nur in Norderstedt versucht, soziale Zentren zu schliessen und damit Gegenkultur platt zu machen.

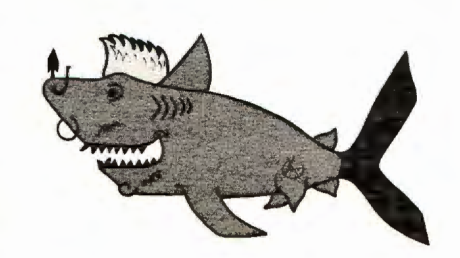
Als Ausdruck des gemeinsamen Kampfes wurde die Demo angeführt von 4 maskierten Menschen, die in Einkaufswägen 4 Fässer mit Holz befeuerten. Jedes dieser Fässer stand dabei für ein soziales Zentrum im Norden (JuKuCa Norderstedt soziales Zentrum Norderstedt, Alte Meierei in Kiel, die Walli in Lübeck), die alle gerade unter Attacken der CDU leiden. "Die Feuer", so ein Demoredner, "sind Warnfeuer für die CDU, dass sie

diese Läden in Ruhe lässt".
Bereits vor einem Jahr schloss die CDU hier in Norderstedt das beliebte Jugendkulturcafe, gegen alle Proteste die dagegen stattfanden, In Lübeck und Walli sieht es nicht viel besser aus.
Nun soll auch Ende August das soziale Zentrum weichen - wenn es denn nach CDU-Plänen geht. Diese will das Haus des sozialen Zentrums abreissen, um dort neue Parkplätze anzulegen oder eine Baustellenzufahrt für den seit Jahren umstrittenen Ausbau einer Kreuzung zu einem grossen Kreisverkehr um so mehr Verkehr nach Norderstedt zu locken.
Was auch immer sie sich davon verspricht, Fakt ist, dass das soziale Zentrum schon seit dessen Gründung vor 10 Jahren der CDU ein Dorn im Auge ist. Denn ein "selbstverwaltetes Zentrum für linke Kultur und linke Politik" scheint in ihrem Weltbild keinen Platz zu haben. Da der Nutzungsvertrag ausläuft, will die CDU die Chance nutzen und fakten schaffen - bis Ende August soll das soziale Zentrum geschlossen und möglichst abgerissen sein.
Der "Schandfleck", wie er von CDU-Mitgliedern oft genannt wird, bietet indes einen Sammelpunkt für Gegenkultur - neben Kneipenabenden und Konzerten gibt es auch eine Galerie, die momentan eine Ausstellung über soziale Zentren im Norden zur Schau stellt.
Dass das soziale Zentrum mehr ist als ein "Schandfleck", davon kann sich jeder am besten selbst überzeugen.
Unter www.soziales-zentrum.de ist eine Homepage eingerichtet, unter der sowohl interessantes über das soziale Zentrum selbst, als auch aktuelle Termine, Anfahrtswege etc. zu finden sind.

#Mobilisierung gegen das Gebirgsjägertreffen in Mittenwald vom 12. bis 15. Mai 2005

Anläßlich des Gebirgsjägertreffens in Mittenwald organisiert der AK Angreifbare Traditionspflege über Pfingsten, vom 12. bis zum 15.05, ein Wiederentwaffnungscamp und eine Demonstration. Wie schon in den letzten beiden Jahren soll auch diesmal mit zahlreichen Gedenkveranstaltungen und Aktionen die Gedenkfeier einer kriegsverbrecherischen Einheit massiv gestört werden.
Die zentrale Demonstration findet am Samstag, den 14.05. 16.30 Uhr statt.
Genaueres Programm und Ablauf ist den überall erhältlichen Flugblättern zu entnehmen oder unter:
www.nadir.org/nadir/kampagnen/mittenwald zu erfahren.

#Punkalarm in Ottensen



Am Samstag den 25.03. wurde der örtliche "Bierlaunenverein" nach Beschwerden von AnwohnerInnen (so die Begründung der Bullen) zum ersten mal unter Anwendung von Schlagstöcken geräumt. Am 02.04. versammelten sich erneut ca. 50 Punks um diesmal in Blankenese zu feiern. Später verlagerte sich die illustere Runde erneut nach Ottensen. Es folgte die Einkesselung und mehrere Festnahmen. Ein neuer Aufruf für den 09.04. folgte, wo sich im Anschluß an die Wasserturmdemo auch etliche DemonstrationsteilnehmerInnen hin auf den Weg machten. Und wieder: Anwendung von Schlagstöcken und Ingewahrsamnahmen. Lediglich das letzte Treffen am 16.04. verlief ruhig und wurde nicht aufgelöst, dafür musste mensch sich allerdings aus dem Ortskern Ottensens hinaus bewegen zum Bahnhof Altona. Das Aufgebot vor Ort ließ jedoch keinen Zweifel daran bei dem geringsten Anlaß auch wieder zuzuschlagen. Es ist bewundernswert dass die Punkfraktion sich nicht unterkriegen lässt und immer wieder neu versucht sich den öffentlichen Raum zu nehmen. Aber die homophoben und sexistischen Sprüchen, die von Teilen der trinklaunigen Runde immer wieder zu hören sind, sind der letzte Dreck! Daran muß noch gearbeitet werden.

#Erklärung aus 37 NRW-Städten zum Nazi-Mord

Öffentliche Erklärung antifaschistischer Gruppen aus 37 NRW-Städten zum Nazi-Mord in Dortmund am Ostermontag 01.04.05

Am Abend des 28.03.05 wurde der Punk Thomas in der U-Bahn-Station Kampstraße in Dortmund ermordet. Selbst die Polizei - im Regelfall mehr als zurückhaltend mit derartigen Verlautbarungen - rechnet den Täter öffentlich der extrem rechten Dortmunder Szene zu. Die Neonazi-Szene indes zeigt sich selbstbewusst, droht gar mit weiteren Angriffen. Antifaschistinnen und Antifaschisten aus NRW rufen dazu auf, sich den Neonazis offensiv entgegenzustellen.
Die Dortmunder Neonazi-Szene hat sich eindeutig zu dem Mörder bekannt. Den 17-Jährigen bezeichnen sie als ihren "Kameraden" aus Dortmund und besorgten ihm sofort einen Rechtsanwalt.
In der Nacht vom 30. auf den 31.03. folgte die nächste Attacke, dieses Mal auf die Mahnwache an der Kampstraße. Ein 23-jähriger einschlägig vorbestrafter Neonazi drohte bereits am Nachmittag gegenüber einem Punk: "Ich stech Dich auch ab", ehe er nachts die an der Mahnwache anwesenden Punks mit einem Messer angriff. Verletzt wurde glücklicherweise niemand, die Polizei konnte den Täter stellen.
"Hier zeigt sich einmal mehr sowohl die andauernde Gewaltbereitschaft der Neonazis, als auch die Tatsache, dass die Szene den Mord als Ausdruck ihrer politischen Überzeugung versteht und offen mit dem Täter sympathisiert", so Lea Stohic im Namen der Unterzeichner dieser Pressemitteilung.
Doch die Dortmunder Neonazi-Szene geht noch weiter und droht auf gestern Nacht in Dortmund offen verklebten Plakaten: "Wer der Bewegung im Weg steht, muss mit den Konsequenzen leben." Presserechtlich verantwortlich für diese Plakate ist der Neonazi Axel Reitz aus dem Kölner Raum. Die Plakate dürften aber von der Dortmunder Neonazi-Szene erstellt worden sein.
In der Gaststätte "Deutscher Hof" auf der Dortmunder Mallinckrodtstraße feierte die Dortmunder Neonazi-Szene drei Tage vor dem Mord den Jahrestag der Gründung der Nazi-Hooligan-Gruppe "Borussenfront" um Siegfried ("SS-Siggi") Borchardt. Trotz Anwesenheit der Polizei konnten mehrere Neonazis einen Migranten verprügeln. Im späteren Verlauf des Abends wurden 23 Neonazis nach Auseinander-setzungen mit der Polizei in Gewahrsam genommen, trotzdem kann laut Polizei "zum gegenwärtigen Stand der Ermittlungen nicht von einem fremdenfeindlichen Hintergrund ausgegangen werden". Zusammenkünfte wie diese nutzen die Neonazis auch zur Rekrutierung ihres Nachwuchses. Ebenso wie der Mörder, so war auch der jüngste am Freitagabend verhaftete Neonazi gerade einmal 17 Jahre alt.
Die Dortmunder Neonazi-Szene ist in den letzten Jahren immer aktiver geworden und hat stetig und erfolgreich Nachwuchs angeworben.
Aktuelle Kristallisationspunkte sind die "Kameradschaft Dortmund" um Siggi Borchardt, Karin Lenzdorf, Erich Dombrowski und Katja Jarminowski, die "Autonomen Nationalisten östliches Ruhrgebiet" (a.n.ö.r) um Dennis Giemsch und "Didi" Surmann sowie der Kreis um den Brechtener Frontmann der Neonazi-Band "Oidoxie", Marko Gottschalk. Die Dortmunder Szene dürfte derzeitig die stärkste Neonazi-Szene in NRW darstellen. Laut Angaben des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes (VS)in seinem Jahresbericht über das

Jahr 2004 besteht der feste KERN der Aktivisten aus "etwa 30 Personen", der "bis zu 80 Personen mobilisieren kann", und dieses kurzfristig. Bei den Zahlen des VS ist das sympathisierende Szene-Umfeld nicht mitgerechnet.
Auf allen wichtigen bundesweiten Events der Neonazi-Szene sind Dortmunder Neonazis anzutreffen. Regelmäßig treten sie auch durch eigene lokale und regionale Demonstrationen und Kundgebungen in Erscheinung. Kameradschaftsabende, der Besuch auswärtiger und eigener Konzertveranstaltungen sowie andere "gesellige" Veranstaltungen gehören zum Szene-Alltag, ebenso wie das Anpöbeln von missliebigen Personen sowie körperliche Angriffe. Vor Mord wird hierbei nicht zurückgeschreckt.
Dass das neonazistische Weltbild seine gewalttätige Umsetzung auch in Dortmund erfährt, zeigt sich schon länger. So stammte Michael Berger, der im Sommer 2000 drei Polizisten ermordete, ebenso aus der Dortmunder Szene, wie diejenigen, die lokale Gedenkstätten verwüsteten, einen Anschlag auf die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht verübten und auf Neonazi-Veranstaltungen im Ausland offen zum militanten Kampf gegen "das Judentum" aufrufen, wie es der heute in den Niederlanden lebende Michael Krick bei jeder sich bietenden Gelegenheit macht. Der Mord am Montagabend und der Messerangriff zwei Tage später sind Teil einer seit Jahren anhaltenden neonazistischen Gewaltwelle, der jederzeit alle zum Opfer fallen können, die nicht in das neonazistische Weltbild passen.
Lea Stohic: "Wenn, wie in Dortmund, die Existenz einer expandierenden Neonaziszene ignoriert wird - wie in der Vergangenheit häufig geschehen -, ist es die logische Konsequenz, dass die Neonazis unter dem Motto 'Dortmund ist unsere Stadt' dieselbe zu einer no go area für nicht genehme Personen erklären und entsprechend selbstbewusst und gewalttätig agieren."
Um unserer Wut und Trauer über den Mord an Thomas Ausdruck zu verleihen und dieser Entwicklung entgegenzutreten, rufen wir zur regen Teilnahme an der Mahnwache und Demonstration am 2. April in Dortmund auf.
Doch bei dieser Demonstration darf und wird es nicht stehen bleiben. Wir, Antifaschistinnen und Antifaschisten aus NRW, rufen hiermit dazu auf, sich den Neonazis offensiv entgegenzustellen, zu jeder Zeit und an jedem Ort.
Jetzt reichts!
Antifaschistische Gruppen aus 37 NRW-Städten

#Dokumentation:

"in den nächten vom 6. und 7. april wurden bei den jobcentern alte königsstraße, kieler straße und eppendorfer weg die wände mit farbe verziert und scheiben eingeworfen.
die aktion richtet sich gegen die jobcenter als orte, in denen die hartz IV reformen umgesetzt und die sogenannten "beschäftigungseinsätze" für 1 euro verteilt werden. tatsächlich handelt es sich aber um arbeitszwangsmaßnahmen. denn wer einen solchen job ausschlägt, wird mit kürzungen seines arbeitslosengeldes gefügig gemacht.
unser angriff gilt neben dem hartz IV paket und der agenda 2010 auch der lohnarbeit als solcher. grundsätzlich ist lohnarbeit ausdruck von gesellschaftlichen herrschaftsverhältnissen und die darüber erfolgende gesellschaftliche anerkennung/bewertung von menschen. wir scheißen auf (nationale) standortpolitik, wachsende stadt und hamburger polizeigesetz.
für ein selbstbestimmtes leben für alle, ohne rassistische und sexistische aus- und abgrenzung. solidarität mit den über den paragrafen 129 krimnalisierten genossInnen aus hamburg!
autonome splitter hamburg"

#Wendebecken Prozesse beginnen!

Am 08.09.04 wurde in Hamburg der Bauwagenplatz Wendebecken geräumt. Nun beginnen die Prozesse gegen BewohnerInnen und UnterstützerInnen. Solidarität ist gefragt!
Am 08.09.04 wurde in Hamburg der Wagenplatz Wendebecken geräumt: 1400 Bullen brauchten ca. 8 Stunden um die etwa 30 BewohnerInnen und UnterstützerInnen vom Platz zu räumen, viele von ihnen hatten sich in Betonfässern und anderen angekettet, um Bullen, Ordnungsamt und Senat die Räumung so schwer wie möglich zu machen und um zu zeigen das die Law and Order-Politik nicht einfach hingenommen wird.
Die Menschen auf dem Platz wurden Festgenommen, ED-Behandelt und anschl. Im wahrsten Sinne des Wortes auf die Straße gesetzt. Es gab vor und nach der Räumung mehrere Demonstrationen und kreativ-subversive Aktionen, die aber nicht mehr die Intensität der Bambule Proteste erreichten. Von beginn an wurde versucht das Thema Wagenplätze in einen gemeinsammen Kontext mit den Protesten gegen den Sozialabbau, Abschiebungen und Law and Order Politik zu stellen, die auch ohne Schill weiterhin zum festen bestandteil des Hamburger Senats gehört.
Der Protest richtete sich gegen die gesammte kapitalistische Verwertungslogik, ob nun Vertreibung und Ausgrenzung von nicht kauffähiger oder williger Menschen aus der Innenstadt, Brechmittelfolter oder die Privatisierung und dadurch Ökonomisierung öffentlicher Räume, wie zum beispiel beim Wasserturm im Schanzenpark, der Widerstand gegen die Räumung von Wagenplätzen reit sich nahtlos in diese Politik mit ein.
Und diese Politik wird in Hamburg fortgesetzt: Bis zum 31.12.2005 sollen alle Plätze geräumt werden, außerdem soll ein neues Polizeigesetz in Kraft treten, was hamburger Politiker als schärfstes Polizeigesetz Deutschlands anpreisen. Was das bedeutet können wir uns gut vorstellen, auf jeden fall ist damit zu rechnen das der gesammte Widerstand gegen diese Polkitik noch mehr kriminalisiert wird und sich auch immer verschärfter Repression ausgesetzt sehen wird.
Also weiterhin genug gute gründe den Senat zu stürzen!
Zurück zum Wendebecken: Ab Februar verschickte das Amtsgericht Barmbek Strafbefehle zwischen 500 und 1000 Euro an die Menschen die im September 2004 vom Wendebecken geräumt und festgenommen wurden. Den Menschen die sich festgekettet hatten werfen sie nun "gewaltsamen Widerstand" und "Hausfriedensbruch" vor, den anderen Leuten "nur" Hausfriedensbruch.
Wir fordern selbstverständlich die Einstellung aller Verfahren und sehen den kampf um selbstbestimmte und unkommerzielle Freiräume weiterhin als legitimen Kampf an, der fortgesetzt werden muß, nicht nur in Hamburg ! (Dicke Grüße an die York 59 und alle anderen!)
Jetzt ist unsere Solidarität mit den Angeklagten gefragt.
Denkt euch was aus, macht Solipartys oder ähnliches, denn natürlich wird wie immer auch Geld dringend benötigt, nicht nur die Strafbefehle müssen evtl. Bezahlt werden, sondern auch die AnwältInnen!
Solidarität ist auch eine Waffe!

Schönes Leben für alle!

Spendenkonto: LIZ Sonderkonto A
Verwendungszweck wagenplatz
Postbank Hamburg Blz: 20010020
Konto-Nr: 045248207



Für würdige Gedenkfeiern

Am 60. Jahrestag der Befreiung der Häftlinge des Konzenztrationslagers Neuengamme

Der 4. Mai wird von den Überlebenden des Hamburger Konzentrationslagers Neuengamme als Tag ihrer Befreiung gefeiert. Sechzig Jahre war es ihnen nicht möglich am Ort des Verbrechens zu gedenken, weil sich ein Gefängnis auf dem Gelände des ehemaligen Häftlingslagers befand. Nachdem die Justizvollzugsanstalt endlich verlegt wurde, richten der Senat und die KZ-Gedenkstätte Neuengamme Anfang Mai die Eröffnung der neu gestalteten Gedenkstätte aus. Bürgermeister, Kultursenatorin und Staatsministerin feiern in diesen Tagen ihre Gedenkpolitik, aber den meisten der ehemaligen Häftlinge ist die Teilnahme an der Einweihung der Gedenkstätte nicht möglich: Der Senat will für den Großteil der Kosten nicht aufkommen! Nur ein Bruchteil der "eingeladenen" Überlebenden wird nach Hamburg kommen. Wofür wird die Gedenkstätte errichtet, wenn diejenigen, die im KZ erniedrigt und gequält wurden, am Tag der Einweihung, dem Jahrestag ihrer Befreiung, zu teuer sind? Für diejenigen Überlebenden, die trotzdem da sein werden, sollen die Feierlichkeiten ein Akt des Gedenkens an ihr Leiden und das der Abwesenden und Verstorbenen sein, der Erinnerung an die ermordeten Mithäftlinge und der Freude über die Befreiung von der nationalsozialistischen Barbarei.

Deswegen rufen wir auf:

LASST DIE ÜBERLEBENDEN DES KZ NEUENGAMME NICHT MIT DEM SENAT ALLEIN – NEHMT TEIL AN DEN GEDENKFEIERN!

»Wir haben dieses KZ mit allen seinen Gebäuden eigenhändig errichten müssen. Viele der Gebäude sind in den letzten 55 Jahren von der Freien und Hansestadt Hamburg gewinnbringend genutzt worden. Und jetzt soll nicht einmal genug Geld da sein, um allen noch lebenden ehemaligen Häftlingen zu ermöglichen, dort endlich eine würdige Gedenkstätte zu sehen?« (Fritz Bringmann, ehemaliger Neuengamme-Häftling, Dez. 2004)

Die Gedenkstätte

1948 errichtete die Freie und Hansestadt Hamburg genau auf dem Gelände und in den Gebäuden des ehemaligen Häftlingslagers des KZ Neuengamme eine Justizvollzugsanstalt – "um die furchtbaren Entsetzlichkeiten der vergangenen Epoche allmählich aus der lebendigen Erinnerung auszulöschen", wie es Bürgermeister Max Brauer 1951 formulierte. Ende der 60er Jahre errichtete die Stadt dort ein zweites Gefängnis, diesmal im Bereich der ehemaligen Tongruben.

Über Jahrzehnte mussten die Überlebenden für eine Gedenkstätte am Ort des Verbrechens kämpfen. Erst 1989 wurde mit Senatsbeschluss die Verlegung der älteren Justizvollzugsanstalt festgelegt, um endlich die Errichtung einer würdigen Gedenkstätten am Ort des ehemaligen Schutzhaftlagers zu ermöglichen. Gemeinsam mit Überlebendenverbänden wurde ein Konzept erarbeitet und in der Bürgerschaft beschlossen.

Die Wahlen 2001 ermöglichten der CDU mit Hilfe der rechtspopulistischen Partei Rechtstaatliche Offensive und der Liberalen eine Regierungskoalition zu bilden, mit deren Mehrheit alle vorherigen Beschlüsse rückgängig gemacht werden sollten.

Nur aufgrund massiver internationaler Proteste und der persönlichen Intervention von VertreterInnen der internationalen Überlebendenorganisation »Amicale Internationale KZ-Neuengamme « wurde der Senat gezwungen einzulenken und kehrte zur vorherigen Beschlusslage zurück.

Gedenkpolitik in Hamburg

Am 30. Juni 2003 wurde das seit 1948 bestehende Gefängnis verlegt und das Gelände an die Gedenkstätte übergeben. Wer jedoch gehofft hatte, dass mit dem Abriss der JVA und der Um gestaltung endlich ein Ort des würdigen Gedenkens an die Opfer der deutschen Verbrechen und eine Gedenkstätte entstehen würde, die weiterhin auf der Seite der Überlebenden steht, sah sich getäuscht.

2004 sollte eine Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte stattfi nden, deren Inhalt den Nationalsozialismus und insbesondere die deutschen Verbrechen in den Konzentrationslagern relativiert. Unter dem Titel "Leben mit dem Massengrab" sollte ein Bundeswehroffi zier, der sich zudem von der rechtsextremen Zeitung »Junge Freiheit« hatte interviewen lassen, Auskunft darüber geben, ob deutsche SoldatInnen der Bundeswehr hinreichend ausgebildet sind, um die traumatischen Erlebnisse eines Auslandseinsatzes zu verarbeiten. Die Veranstaltung wurde von AntifaschistInnen verhindert.

In diesem Jahr machte die KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine Informationsveranstaltung über den aktuellen Stand der ZwangsarbeiterInnenentschädigung. Als einziger Referent war ein Vertreter der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« geladen – VertreterInnen der Verfolgtenverbände nicht. Dadurch war von vornherein jede Kritik an dem unwürdigen und lediglich auf Rechtssicherheit für deutsche Betriebe ausgerichtetem Procedere der "Entschädigung" verhindert.

Am 4. Mai 2005, 60 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, wird die neugestaltete KZ-Gedenkstätte Neuengamme eröffnet. Erstmals richtet der Hamburger Senat – nicht die Überlebendenverbände – die Zeremonie aus. Es wird keine Gedenkveranstaltung werden, die diesen Titel verdienen würde: So steht in den öffentlichen Ankündigungen weder die Ehrung der Ermordeten oder das Schicksal der ehemaligen Häftlinge noch die Befreiung der Opfer vom Nationalsozialismus im Mittelpunkt dieser Veranstaltung. Im Vordergrund steht vielmehr die Eröffnung der neuen Gedenkstätte. Die vom Senat versandte "Einladung" an die hochbetagten Überlebenden wies darauf hin, dass sie die Kosten für die Reise selbst aufzubringen hätten. Erst auf nachhaltigen Druck wurden partiell Reisekostenzuschüsse gewährt. Für Begleitpersonen oder für Angehörige werden überhaupt keine Reisekosten übernommen.

»Euer Leiden, Euer Kampf und Euer Tod sollen nicht vergebens sein!«

Mahnmal KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Eine solche Gedenk- und Erinnerungs politik im Land der Täter und Täterinnen richtet sich gegen die Opfer und Überlebenden der nationalsozialistischen Verbrechen. So hat die Stadt Hamburg das Geld für die neue Gedenkstätte und feiert sich nun hauptsächlich selbst – nur für die Reisekosten, die Verpflegung, Unterbringung, Betreuung der ehemaligen Häftlinge zum 60. Jahrestag der Befreiung ist zu wenig Geld vorhanden. Trotz alledem rufen wir auf im Mai zu den Gedenkfeiern in Sandbostel, Neustadt, Wöbbelin und in Neuengamme zu kommen.

Wer zum 60. Jahrestag in Solidarität mit den Überlebenden und ihren Angehörigen in Ehrung der fast 50.000 Toten des KZ Neuengamme an die Befreiung vom Nationalsozialismus und die Verpfl ichtung zum antifaschistischen Kampf erinnern möchte, ist aufgerufen den 4. Mai in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zu begehen!

Das KZ Neuengamme

Ende 1938 errichtete die SS das Konzentrationslager Neuengamme. Die Stadt Hamburg schloss mit der SS einen Vertrag, der die Produktion von Klinkersteinen für die beabsichtigte Neugestaltung von Hamburg zu einer

"Führerstadt" vorsah. Im Verlauf des Krieges deportierten die Gestapo und der Sicherheitsdienst der SS zehntausende Menschen aus allen besetzten Ländern Europas ins KZ Neuengamme. In Neuengamme und den mehr als 80 Außenlagern mussten die Häftlinge Schwerstarbeiten nunmehr auch für die deutsche Kriegswirtschaft leisten. Fast die Hälfte der ca. 100.000 Häftlinge fiel den mörderischen Arbeits- und Lebensbedingungen zum Opfer, dem Projekt der "Vernichtung durch Arbeit". Sie starben körperlich ausgezehrt an Krankheiten und Hunger, sie wurden Opfer von Misshandlungen und Hinrichtungen oder medizinischen Versuchen. Neuengamme wurde komplett geräumt, mindestens 15.000 Häftlinge starben in den letzten Kriegstagen auf Transporten und Todesmärschen, in den Lagern Sandbostel, Wöbbelin und Bergen-Belsen sowie beim Untergang der KZ-Schiffe Cap Arcona und Thielbek in der Lübecker Bucht noch am 3. Mai 1945.

Gedenkfeiern

Fr. 29.04.
Gedenkveranstaltung in Sandbostel
Mo. 02.05.
Gedenkveranstaltung in Wöbbelin
Di. 03.05.
Gedenkveranstaltung in Neustadt, Lübecker Bucht

Mi. 04.05. in Neuengamme:
9.30 Religiöse Gedenkfeier
11 Gedenkstätteneröffnung bzw. Gedenkfeier ehemaliger Appellplatz
15 Gespräche mit Überlebenden

Anfahrt KZ-Gedenkstätte Neuengamme: A25 Ausfahrt Curslack oder S-Bahn Bergedorf und Bus 227 oder 327 (evtl. gibt es Shuttle-Busse ab Hauptbahnhof oder Bergedorf)

Genaueres unter:
www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de

Der Aufruf wird unterstützt von:
AK Distomo, antifa infopool hamburg, antifa infotelefon hamburg, arachne, Freundinnen des Sachsenhausen-Komitees, gruppe bricolage, Loge Hamburg, Kollektiv Wohnen e. V., Luka Skywalker (Marktstube), Olaf Harms (DKP-Hamburg), Redaktion Salon Roge im FSK (Trägerin des Alternativen Medienpreises 2004), Plenum der Roten Flora, Neben der Spur, Cluster, Reposte



Gedenk - Kampf

8. Mai in Berlin: Staatsantifa startet durch-wir halten dagegen

Die "Zivilgesellschaft" hatte es sich so schön vorgestellt. Sie am Brandenburger Tor, Hand in Hand mit dem Berliner Senat, dem Naziaufmarsch trotzend. Doch nun ist "Europa ohne Rassismus" disqualifiziert worden. Sollte das Bündnis noch ursprünglich den Festakt der Bundesregierung am Brandenburger Tor mit einem eigenen Bühnenprogramm begleiten, ist ihm nun jegliche Legitimation entzogen worden.
Wie der Berliner Senat bekannt gab, sei das Bündnis "zu breit" und daher unerwünscht. Allen stünde es jedoch frei, sich am "Tag der Demokratie" zu beteiligen, wie er nun von der Bundesregierung für den Bereich um das Brandenburger Tor gewünscht wird – zum Beispiel mit einem Infotisch. Die komplette Koordination wurde dem Bündnis "Europa ohne Rassismus" entzogen. Statt dessen wird nun eilig ein Koordinationsbüro aus dem Boden gestampft, das mit VertreterInnen der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Jungen Union, des konformen Teils der Jusos und der Grünen Jugend besetzt werden soll. Der Eindruck, es handele sich bei dem Festakt am Brandenburger Tor um eine "Anti-Nazi-Veranstaltung", soll unter allen Umständen vermieden werden.
Der PDS, selbst Mitglied des Berliner Senats, wurde zudem untersagt, als Erstunterzeichnerin unter dem Aufruf "Tag für Demokratie" zu stehen. Gleichzeitig wurde verschiedenen Initiativen wie dem 8. Mai-Bündnis und der Künstlergruppe *Die himmlichen Vier* angeraten, auf ihre Veranstaltungen nahe dem Brandenburger Tor zu verzichten. Diese Gruppen sind jedoch nicht gewillt, sich diesen Vorgaben zu fügen. Zumindest am Nachmittag will man vor Ort die Befreiung feiern. Zuvor – so heißt es aus dem 8.-Mai-Bündnis – werde man sowieso da sein, wo die Nazis marschieren wollen. Die Bereitschaft ist absehbar, gemeinsam mit anderen zur Blockade des Nazi-Aufmarschs aufzurufen.
Während also am "Tag für Demokratie" der Senat u.a. den Opferverbänden Veranstaltungen zum 8. Mai untersagt, soll es stattdessen ab dem 7. Mai ein Horrorprogramm für die internationalen Medien geben. Von ökumenischen Gottesdiensten bis hin zu Ansprachen ausgewählter SchülerInnengruppen und KünstlerInnen, die einfach mal in zwei Minuten sagen sollen, was für sie Demokratie bedeutet. Das bei diesem Programm die Befreiung vom Faschismus ebenso wenig eine Rolle spielt wie das Gedenken an die Opfer, spricht für sich. Die Fortführung der Geschichtsverfälschung wird somit am 8. Mai deutlicher, als angenommen werden musste.
Was die Nazis betrifft, ist die Strategie des Senats wie immer: Die Route und genaue Auftaktdaten sollen bis zur letzten Minute verheimlicht werden.
Die NPD ruft für 14 Uhr ab Alexanderplatz auf. Die Anmeldung der Neonazis für einen Aufmarsch am 7. Mai wurde zurückgezogen. Für den Fall, dass ihr Aufmarsch am 8. Mai nicht in der Innenstadt genehmigt wird, haben sie nun zum Angriff auf das Sowjetische Ehrenmal im Treptower Park geblasen. Dort rufen u.a. VVN/BDA zu einer Gedenkveranstaltung auf.

Unterdessen findet die Demonstration am 8. Mai unter dem Motto "Tag der Befreiung. Kein Nazi-Aufmarsch am 8. Mai. Gegen Faschismus, Militarisierung und deutsche Opfermythen" mittlerweile breite Unterstützung. Neben Gruppen aus dem Antifa-Spektrum rufen attac und die Gewerkschaftsjugend sowie Initiativen und Bündnisse aus dem Internationalismus- und Antimilitarismus-Spektrum auf. Die Möglichkeiten für eine Intervention gegen die Deutungshoheit des Berliner Senats am 8. Mai sind somit grösser geworden – nicht zuletzt auch durch das dreiste Vorgehen der Staatsantifa selbst.

Die Demonstration startet am 8. Mai um 10 Uhr vom Bertolt-Brecht-Platz aus und endet am Alexanderplatz, - dem Auftaktort der Neonazis, wohin wohl auch das 8. Mai-Bündnis mobilisieren wird.

Der 8. Mai 2005 – Zur Kritik staatlicher Vergangenheitspolitik und zur Frage linker Erinnerungspraxis

Zu einer Diskussion um die Bedeutung des 8. Mai im Jahre 2005 hatten wir Jonas aus einer Gruppe aus dem Flora-Umfeld, die z.Z. zum 8. Mai und Erinnerungspolitik arbeitet, und Paul aus der autonomen Antifa eingeladen. Da auch der redaktionelle Teil nicht immer einer Meinung war, sind unsere Beiträge im folgenden als ZECK(A) und ZECK(B) wiedergegeben. Ausgehend von der Bewertung und Kritik der offziellen Gedenkver-anstaltungen sollte der Bogen zu der Frage geschlagen werden, welche Konsequenzen und Einsichten die radikale Linke heute noch aus der historischen Erfahrung des Nationalsozialismus zieht.

ZECK(A): Am 8.Mai wird sich zum 60.Mal die Niederschlagung des nationalsozialistischen Regimes jähren. Wie bewertet Ihr die offiziellen Feierlichkeiten und den darin sich ausdrückenden Umgang mit dem NS heute?

JONAS: Für mich ist zentral, dass der Diskurs ganz massiv von einem Opfermythos bestimmt ist, was sich kürzlich bei der Gedenkveranstaltung zur Bombardierung Dresdens gezeigt hat. Es findet eine Einreihung der Opfer auf der Täterseite in ein Großes "Alle haben ja gelitten" statt. Auf Plakaten der Stadt Dresden tauchte Dresden hervorgehoben neben Coventry, Guernica, Hiroshima und New York auf, womit eine große menschliche Leidensgeschichte konstruiert wird, in der die Bombardierung Dresdens neben der Shoa steht. Der Kontext und die Notwendigkeit der Bombardierung verschwindet völlig.

Ein anderes Beispiel wären die Feierlichkeiten zum D-Day letzten Jahres, wo Schröder als eine Partei unter Gleichberechtigten neben den Vertretern der Alliierten saß. Dadurch verschwamm, wer Täter und wer Opfer war, wer gegen das faschistische Deutschland gekämpft hat und wer in der Nachfolge des NS steht.

PAUL: Ich denke, dass sich die rotgrüne Regierung immer einen sehr antifaschistischen Gestus gibt. Auch wenn es absurd ist, dass Schröder in der Normandie gewissermaßen posthum der Anti-Hitler-Koalition beitritt. Oder wenn Fischer am 27. Januar 2005 nach Thessaloniki fliegt und auf der zentralen Gedenkveranstaltung der Gemeinde eine Rede hält. Dieser antifaschistische Gestus unterscheidet sich im Vergleich zu 1995 oder zu 1985 von dem Gestus der damaligen CDU-Regierung. Auf der anderen Seite inszenieren sie die Deutschen auch als Opfer, aber eher in einer seichten Weise. Deswegen gelingt ihnen auch die Abgrenzung gegenüber denjenigen, die das Opfersein massiv einfordern, wofür in Dresden die 5000 Nazis standen. Die bestimmen massiv das Gedenken. Aber es wäre falsch, zu denken, dass sich die anderen Parteien dem anschließen. Das ließe sich m.E. für die rotgrüne Regierung nicht sagen. Die Regierung in Sachsen hat größere Schwierigkeiten. Die Abgrenzung gegenüber den Nazis muss sein, aber weil sie so seicht ist, wird es nicht sichtbar und die Nazis können den Ton angeben.

JONAS: Ich finde, das widerspricht sich nicht unbedingt. Es gibt einerseits die mediale Repräsentation des NS, wo in Filmen wie "Das Wunder von Bern" oder der "Untergang" das "neue Deutschland" und das "Opfersein" betont wird. Auf der anderen Seite repräsentiert die rot-grüne Regierung das geläuterte Deutschland. In Fischers Begründung des Krieges gegen Jugoslawien 1999 "wegen Auschwitz" war das offensichtlich: "Wir haben das jetzt gelernt, wir haben jetzt eine neue positive Identität und wir sind jetzt die neuen Experten überall auf der Welt für die Verhinderung eines neuen Auschwitz". Das funktioniert ganz gut zusammen, weil eine Akzeptanz für den Opferdiskurs auch bei der rotgrünen Regierung vorhanden ist.

ZECK(A): Was, glaubt ihr, soll die Botschaft des 8. Mai sein?

Paul: Der Ablauf vom 08.Mai 05 ist bisher noch unklar. Durch die Anmeldung der Nazis herrscht hellste Aufregung, weil man sich einen großen Naziaufmarsch vielleicht noch in Dresden, aber nicht in der neuen Hauptstadt erlauben kann. Ob sie den Auftritt der Nazis ganz kippen können, weiß ich nicht. Die Abgrenzung der "Mitte" ist auch diffus: Die CDU unterstützt nicht das breite Bündnis, weil sie mit der Parole: "8.Mai, 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus" nicht konform gehen. Da ist dann eine Annäherung an die Nazis möglich, weil der 8. Mai nicht als Befreiung vom NS, sondern als Niederlage verstanden wird. Auch 1995 gab es bereits eine Umkehrung von Bedeutungen, wie bspw. die neurechte Anzeige in der FAZ, die mit der antifaschistischen Parole "Gegen das Vergessen" aufmachte, aber auf das "Vergessen des Vertriebenenunrechts" hinauslief. Zentral war 1995, dass zum ersten Mal im geeinten Deutschland diesem Jubiläum gedacht wurde. Das ist 2005 anders. Hinzu kommt, dass die Überlebenden immer weniger werden und damit ein starkes Gegengewicht wegfällt. Heute wird wie in Hamburg Esther Bejarano bei einer Antifa-Demo vom Wagen per Wasserwerfer gespritzt, ohne dass das eine größere Empörung nach sich ziehen würde.

ZECK(B): Nochmal zur Täter/Opfer Perspektive. Meiner Wahrnehmung nach wurde 1995 der NS eher aus der Täterperspektive betrachtet. Heute schreibt die FR, dass Deutschland 2005 die eigene Opfergeschichte entdeckt und zum Thema macht, wie es sich dann in Guido Knoops Filmreihe ausdrückt ("Flucht", "Vertreibung", "Massenvergewaltigungen", Kriegsgefangenschaften, den Bombenopfern). Ging es vorher um Verantwortung aus der Täterperspektive wie in der Begründungung des Krieges gegen Jugoslawien, so scheint heute das eigene Opfersein im Vordergrund zu stehen.

JONAS: Die Verschiebung ist offensichtlich. 1995 gab es einen Aufschrei gegen die Vermengung von Opfern und Tätern, die bis in das liberale Spektrum hineinging. Diese Vermengung hat jedoch seitdem Eingang in den öffentlichen Diskurs gefunden. Gerade die vielen pseudohistorischen Fernsehsendungen tragen dazu bei. In einer Sendung über die vorrückende Rote Armee wurden bspw. die in den Westen fliehenden Deutschen gezeigt, der Kommentar dazu lautete: "In die Freiheit". Mit Freiheit war dann NS-Deutschland gemeint, womit sich der Fokus verschoben hat von "wir müssen Verantwortung übernehmen" hin zu "Wir müssen endlich auch über das Leid der Deutschen reden", wodurch die Vertriebenenverbände wieder Aufwind bekommen.

ZECK(A): Vielleicht sollten wir von bestimmten Konjunkturen sprechen und die Frage stellen, in welcher Beziehung Täter/Opfer Diskurs stehen. Nachdem es bspw. mit der Wehrmachtsausstellung um die Thematisierung der Verbrechen, um die Täterschaft und Verantwortung des "ganz normalen Volksgenossen" ging, stehen nun die Leiden der Deutschen und die vermeintlichen "Verbrechen" der Alliierten im Vordergrund. Aber es ist m.E. nicht umgeschlagen in die seit 1945 herrschende Verkehrung der "Deutschen als erste Opfer der Nazis", wie der traditionelle Umgang in der BRD mit dem NS lautete. Die rotgrüne Regierung hat das verändert. Sie hat die neue Variante aufgebracht, sich nicht als Opfer der Nazis zu sehen, sondern eher einen Bezug herzustellen, in dem die Anerkennung der Verbrechen eine neue kollektive Identität und Souveränität nach sich zieht. Das ist ein Denken, in dem die vorangegangene Generation nicht Opfer, sondern als Täter auch das Subjekt der Geschichte gewesen ist. Indem man das auf eine bestimmte Art und Weise annimmt,



leitet sich entsprechend ein neues Selbstverständnis ab und eine neue Bestimmung der Politik sowie des Umgangs mit dem NS.
Auch das Beispiel D-Day ist eher ein Beispiel, wo es nicht primär um die Opferfrage, sondern darum geht, sich als Teil der Alliierten, also als Teil der Sieger einzureihen. Das ist ja die ganz merkwürdige Verkehrung, dass Schröder in seiner Rede klar festhält, wer den II.Weltkrieg vom Zaun gebrochen hat, dass es die Deutschen waren und nicht "die Nazis gegen die Deutschen", dass der Kriegsbeginn von der Bevölkerung befürwortet wurde. Und dann heißt es in Schröders Rede, ich zitiere den Schluß: "Die Erinnerungen in Frankreich an den 6.Juni 1944 sind andere als in Deutschland und doch münden sie in eine gemeinsame Überzeugung: Wir wollen Frieden. Wir in Deutschland wissen, wer den Krieg verbrochen hat. Wir kennen unsere Verantwortung vor der Geschichte und wir nehmen sie ernst."
Das ist deutlich eine andere Figur, die den Rechten immer wieder aufstößt, weil sie das eigentlich ganz richtig als Beschimpfung der Großväter verstehen. Der offizielle Repräsentant der heutigen deutschen Nation stellt sich mit ehemaligen Feinden in eine Runde und feiert deren Sieg über die Generation seiner Eltern.
Die Frage in diesem ewigen Pendeln im Täter-Opfer-Diskurs wäre vielleicht, überspitzt ausgedrückt: Was ist einem lieber? In dem Vorwurf, dass die Deutschen sich als Opfer begreifen würden, steckt ja implizit, dass sie nicht die Opfer, sondern Täter waren und sich so auch begreifen und die Geschichte nicht verdrängen und vergessen sollen. Wenn es jetzt auch die Variante gibt, in der sie sich als Täter begreifen, daraus eine bestimmte neue Verantwortung für die deutsche Nation ableiten, dann ist aus dem "nicht-Opfer-Diskurs" etwas entstanden, das nicht minder fatale politische Konsequenzen nach sich zieht.

JONAS: Wenn Du fragst, was einem lieber ist, dann sage ich: keins von beidem. Beide Varianten haben das Ziel, eine neue positive ‚deutsche Identität' zu konstruieren. Sowohl die Herangehensweise, die Geschichte auf eine Handvoll Verbrecher zu reduzieren als auch die Variante, über die Anerkennung der deutschen Täterschaft und scheinbare Aufarbeitung dieser sich zum Experten für Unrecht auf der Welt zu machen und die anderen Nationen auf ihre schmutzige Vergangenheit hinzuweisen, läuft auf das gleiche Ziel, die Reinwaschung der Nation und den Anspruch auf politische Souveränität, hinaus.

ZECK (B): Die rot-grüne Vergangenheitsbewältigung bedeutet ja keine wirkliche Auseinandersetzung mit der Geschichte. Sie wird nur als Figur bedient, um daraus Verantwortung usw. abzuleiten, aber eigentlich findet in der Öffentlichkeit eine Auseinandersetzung um die Vergangenheit nicht mehr statt. Da geht es viel mehr um eine neue deutsche Identität.

PAUL: Es ist ja auch nicht so, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppen gleicherweise in dem offiziellen Gedenken und der medialen Repräsentanz wiederfinden. Aber bei allen gibt es einen gewissen Umgang damit, so auch bei den Nazis, wenn sie grölend in dem Film "Der Untergang" sitzen. Da hilft es nicht, zu sagen, die Nazis wären zu blöd den Plot des Films zu verstehen, sondern sie haben ihn in ihrem Sinne sehr wohl verstanden. Ich sehe eine Verschiebung in der medialen Wahrnehmung des NS, die ich an zwei Beispielen deutlich machen will.
Das Eine wäre der Film "Schindlers Liste". Der Protagonist ist ein Nazi-Offizier, der in gewisser Weise Widerstand leistet und vielen jüdischen Menschen auch tatsächlich das Leben rettet. Der Film war sehr bestimmend, wurde massenhaft besucht, u.a. auch von Schülergruppen. Die Aussage war: man konnte auch Widerstand leisten. Das war die positive Message des Films. In der Betrachtung des Ganzen blieb stehen: "Wir haben ja doch Widerstand geleistet."
Aber irgendjemand muss auch in leitenden Positionen verantwortlich für das Geschehen gewesen sein. Das sind dann diejenigen, die im Film "Untergang" dargestellt werden. Es ist ein großer Unterschied, ob gerade ein Film wie "Schindlers Liste" bestimmend ist oder der "Untergang". Während "Schindlers Liste" bestimmt keinen Rechten bewegt hat, ist es jetzt so, dass die mediale Aufbereitung auch die Rechten integriert, ihnen entgegenkommt.

JONAS: Klar, in einen Film wie "Schindlers Liste" kann sich kein Nazimob setzen und etwas Positives abgewinnen. Da gebe ich Dir vollkommen recht. Der Film hat eine klare Perspektive, aber es taucht auch die Frage auf: Welcher Widerstand wird abgefeiert? Stauffenberg, Sophie Scholl, Schindler interessiert die Masse, für die Aufstände in den Konzentrationslagern interessiert sich keiner, weil es kein "deutscher" Widerstand ist.

ZECK (A): Aber wird es letztlich nicht beliebiger, welche Perspektive gezeigt wird? Kann man einen Film wie "Der Untergang" als Ausdruck einer bestimmten politischen Tendenz verstehen oder werden nicht einfach nur bestimmte Segmente bedient, bestimmte Versuche gemacht, die Geschichte in immer neuen Formen wieder präsent zu halten, was mit dem "Untergang" und der menschlichen Darstellung Hitlers eine völlig absurde Form annimmt? Ich könnte nicht die Schlussfolgerungen ziehen, die Du aus den Reaktionen der Nazis gezogen hast: Dass man feststellen könnte, jetzt kommt eine Tendenz von Vergangenheitspolitik, in der auch die Nazis noch mal anders integriert wären, unbewusst oder unbeabsichtigt. Mir scheint vielmehr, man schöpft jetzt kulturindustriell noch alle Aspekte aus, die man aus der NS-Vergangenheit noch ausschöpfen kann, weil das irgendwie noch zieht und weil das zum Selbstverständnis der Nation gehört: Die Deutschen sollen sich als Deutsche begreifen und das in einer bestimmten Identifikation mit dieser Zeit, sei es als Opfer, sei es über den Täterdiskurs. Das ist inzwischen aber fast ein beliebiges Angebot geworden, wo jede Bevölkerungsgruppe ihr Segment zugesprochen bekommt: Hauptsache sie bleibt dabei.

ZECK (B): Ich weiß nicht, ob man das so trennen kann. "Schindlers Liste" kam in einer Zeit heraus, in der es mehr um eine Täterzuschreibung für Deutschland ging und der Film hat vermittelt: "Da gab es ja auch Gute im NS-Regime". Der Film hat damals genau das Bedürfnis nach einer positiven Identität bedient. Die Schuldfrage wurde durch die positive Identifikationsfigur, die den Widerstand gegen den NS in den eigenen Reihen ver-

köperte, gelindert.
PAUL: Da würde ich gar nicht widersprechen. Es ist auch richtig, dass momentan fast alles bedient wird. Vorher ist mir das so nicht bewusst gewesen. Dieses Jahr ist "Shoa" wiederholt worden und die "Holocaust"-Serie, gleichzeitig gibt es neuere und ältere Produktionen, wie z.B. "Gustloff" rauf und runter, Vertreibung rauf und runter. Im letzten Jahr ist der Versuch gemacht worden, sich über die Verschwörer des 20. Juli zu identifizieren, was vielleicht für die Bundeswehr aber nicht für die Masse funktioniert hat. Das Modell, sich über die rechtskonservativen Nazis zu identifizieren, die Hitler umbringen wollten, um sich und die Nation zu retten, hat nicht so umfassend funktioniert.



Holocaust-Mahnmal und Schlussstrichdebatte

ZECK(A): Vielleicht können wir jetzt zum Holocaust-Mahnmal übergehen und zu der Frage, auf welcher Ebene das zu beurteilen ist. Das Mahnmal steht ja auch am Schnittpunkt von staatlichem, offiziellem Umgang mit der Vergangenheit und nichtstaatlicher Initiative. Es ist aus einem Initiativ-Kreis entstanden, der meinte, Deutschland brauche endlich ein zentrales Denkmal, um sich seiner Verbrechen zu erinnern. Die Vertriebenen wollten zwar auch gleich ein großes Denkmal haben, aber erstmal geht es mit dem Holocaust-Mahnmal um die Opfer der Deutschen. Vielleicht können wir daran noch mal diskutieren, welche Funktion die NS-Vergangenheit für die Gegenwart hat.
JONAS: Einerseits stellt das Mahnmal einen Punkt für die Überlebenden dar, um zu Gedenken. Andererseits symbolisiert das Mahnmal auch einen Schlußstrich: Die Geschichte ist abgeschlossen, wir haben ein Mahnmal, wo man Feierlichkeiten abhalten kann. Es soll die Aufarbeitung symbolisieren, die damit aber auch abgeschlossen sein soll.
PAUL: Auf der einen Seite wird materiell ein Zeichen gesetzt, an dem man nicht vorbeigucken kann und das an die Verbrechen erinnert, was gut ist. Auf der anderen Seite kann man mit den ganzen Schlussstrich-Versuchen daran anknüpfen. Während es nach 1995 noch die Debatten um NS-Zwangsarbeit-Entschädigung gab und verschiedene Strafverfahren gegen NS-Täter offen waren, wird die Frage um Entschädigung und Täterverfolgung nicht mehr sichtbar sein. Durch die Größe wird niemand sagen können: "da ward ihr aber wieder popelig, hätte vielleicht doch ein bisschen größer sein können"....
ZECK(A): ... für die Gedenkweltmeister das entsprechende Monument...
PAUL: Ja, und so verbirgt sich dadrunter, dass die Täter nie richtig verfolgt worden sind und dass keine angemessene Entschädigung der Opfer geleistet wurde. Nur wer nachfragt, wird das erfahren, sonst bleibt es versteckt.
ZECK(B): Die Qualität des Mahnmals liegt u.a. in der Vorgeschichte und der damit verbundenen geschichtspolitischen Auseinandersetzung, wo viel, zuletzt um die Beteiligung der Firma Degussa am Bau, gestritten worden ist. Die Gefahr, die ich sehe, ist, dass es nach der Fertigstellung ein reiner Touristenmagnet sein wird. Es wird zwar ein offensichtliches Zeichen sein, auf das man verweisen kann, aber viel mehr wird nicht übrigbleiben. Es besteht die Gefahr, dass die Auseinandersetzungen in dem Moment abgeschlossen sind, in dem es eröffnet wird.
ZECK(A): Dem möchte ich widersprechen. Der Gedankenfehler in diesen Schluss-strich-Fragen ist immer der, dass die Frage voraussetzt, dass ein Schluss-Strich gewünscht wird. Wenn in den letzten zehn Jahren die NS-Vergangenheit für die kollektive Sinnstiftung benutzt wurde, stellt sich die Frage, ob es diesen Schluss-Strich aus herrschender Perspektive überhaupt geben soll, also der Punkt, an dem die NS-Vergangenheit nicht weiter interessiert und an dem man auch mal an Bismarck, die 50er Jahre, 60er Jahre, an irgendwas Schönes aus der deutschen Geschichte erinnern kann, wonach man ja viel zu lange suchen muß und es doch nicht finden wird. Ich habe nicht den Eindruck, dass das das Ziel ist, sondern dass der NS das zentrale Ereignis bleiben wird. Der Schluss-Strich wird durch das Sterben der Personen, die Teil der Geschichte waren, auf einer Ebene stattfinden, den sie auch nicht in der Hand haben. Dadurch wird die NS-Zeit noch mal anders Geschichte werden. Aber die offizielle Gedenkpolitik zielt, glaube ich, nicht darauf ab, den berühmten Schluss-Strich zu setzen, sondern darauf, die Erinnerung wach zu halten, weil sich das Selbstverständnis der Nation aus dieser Vergangenheit bestimmt und eben nicht in einer negativen Weise, wie man das früher denken musste, wenn man Deutschland und NS assoziierte.
PAUL: Ich glaube schon, dass man einen Schluss-Strich ziehen möchte, z.T. hat man ihn ja schon gezogen. Das Eine ist, dass man dafür nicht mehr zahlen will, man möchte auch keine Gerichtsverfahren mehr haben. Auf der symbolischen Ebene will man keinen Schluss-Strich, auf der materiellen Ebene will man einen.
JONAS: Es ist die Frage, welcher Aspekt für einen Schluss-Strich betrachtet wird. Der Schluss-Strich bedeutet nicht, dass man nicht mehr darüber reden will, sondern dass die NS-Vergangenheit ein Teil der Geschichte geworden ist. Es gibt dann das Holocaust-Mahnmal in Berlin, das sich die Touristen angucken können, genauso wie es die Gedenkstätten gibt. Am Beispiel der Gedenkstätte Dachau finde ich das ganz bezeichnend: Es gibt das historische Rathaus in Dachau, das kann man sich angucken, dann kann man sich die Gedenkstätte des KZs angucken und danach kann man ja noch mal einen Bummel über den Weihnachtsmarkt machen. "Kommen Sie doch mal nach Dachau, schöne Stadt!". Auf der symbolischen Ebene kann man immer noch drauf zurückgreifen, und sagen "das ist Teil unserer Geschichte, das gabs da, daraus erwächst uns wenn wir es wollen auch eine Verantwortung." Vielleicht ist der NS irgendwann als Standortfaktor zu gebrauchen.

Die Linke und der 8. Mai

ZECK(B): Wir kommen jetzt zu der Frage, wie ein linksradikaler Umgang mit dem

08.Mai aussehen könnte.
JONAS: Allein aus dem, was wir bis jetzt zum gesellschaftlichen Umgang mit dem NS gesagt haben, folgt für mich, dass es auch ein Verhalten der radikalen Linken geben muss. Man weiss nicht, wie der 8.Mai von den offiziellen Feierlichkeiten her aussehen wird, aber was man aus dem aktuellen Diskurs ableiten kann, wird schon klar: Dadrin muss man stören, andere Punkte setzen und klar benennen, dass es um die Herausbildung einer positiven deutschen Identität geht und das muss eine Linke immer angreifen. Die andere Frage ist, was ist überhaupt Erinnern für die Linke, wie kann das aussehen?

ZECK(A): Der Punkt ist die Frage: was wäre ein vergangenheitspolitischer Bezug für eine Linke, aus der etwas anderes folgt als nationale Geschichtsschreibung? Wie unklar das geworden ist, läßt sich an dem Motto einer Konferenz verdeutlichen, die im Vorfeld eines linken Friedensfests zum 8. Mai in Berlin stattfinden wird. Dort heißt es: "Mai 1945: Befreiung vom Faschismus, Kriegsende. Mai 05: Neue Bedrohung, neue Herausforderung, quo vadis? Was tun? Handeln!".

PAUL: Das scheint wirklich sehr unklar geworden zu sein. Wir werden im April in Berlin die Konferenz machen: "Opfer entschädigen, NS Täter bestrafen". Ich sehe eine Notwendigkeit, sich an dem zu orientieren, was die Überlebenden einfordern. Wurden diese Verbrechen als Verbrechen anerkannt? Wir halten das für notwendig, weil die materielle Ebene überhaupt nicht mehr bearbeitet wird. Man könnte erwarten, dass diese Ebene von den linksliberalen Bürgern behandelt wird. Aber weil das nicht geschieht, organisieren wir diese Konferenz. Auf der anderen Seite denke ich, dass man die Gedenkarbeit, Gedenkstätten u.s.w. nicht den rein staatlichen Apparaten überlassen darf. Sie sind von den Überlebenden erkämpft worden. Heute sieht es fast schon so aus, als ob Neuengamme schon immer eine Institution des Hamburger Senats gewesen wäre. Das wurde hart erkämpft. Und diejenigen, die das hart erkämpft haben, die werden auch demnächst nicht mehr da sein. Da gibt es eine Aufgabe, weil das Erkämpfen auch immer daran gebunden war, sich als Antifaschist zu begreifen, vielleicht nicht als linksradikal, aber immer die kapitalistische Gesellschaft in gewisser Weise zu kritisieren. Es gibt keine "natürlichen Nachfolger" in dem Sinne, dass Linksradikale Kinder von Überlebenden wären. In dieser mehrheitlichen Tätergesellschaft sind Linksradikale natürlich auch mehrheitlich Nachkommen von Tätern und Täterinnen. Ich glaube, dass es eine Notwendigkeit gibt, das nicht dem Staat zu überlassen. Ganz konkret heißt das für mich, alle AntifaschistInnen dazu aufzufordern, am 04.05. zu der vom Senat organisierten Feierstunde in Neuengamme zu kommen und deutlich zu machen, dass man einen bestimmten antifaschistischen Kampf nicht nur symbolisch betreibt.

JONAS: Ich finde die Aufgabe, die Du angesprochen hast, ganz zentral: Die Gedenkarbeit oder das Gedenken nicht staatlichen Stellen zu überlassen. Es muss klar sein, dass im Gedenken an solchen Daten die Verbrechen an den Opfern im Mittelpunkt stehen sollen und nicht irgend eine Inszenierung eines Deutschlands, das jetzt gelernt hat, sondern es muss konkret um die Überlebenden, um die Verbrechen und um die Toten gehen. Wie zynisch der Senat damit umgeht, zeigt sich an der Einladungspolitik, die finanziell so knickri ist, dass viele Überlebende gar nicht kommen können.

PAUL: Es wird der letzte große runde Jahrestag sein, an dem nochmal mehrere Überlebende kommen werden. Deswegen muß gefordert werden, was Du angesprochen hast, dass sie die finanzielle Unterstützung erhalten, um hier anreisen zu können. Eigentlich ist es eine Ehre, dass diese Menschen hierher kommen. Das sind Gäste, und diese Gäste hat man dementsprechend zu empfangen, zu berücksichtigen, dass sie alt sind, dass sie an einen Ort kommen,an den sie nur sehr sehr ungerne zurückkehren. Geschichte wird durch die Menschen bestimmt, das ist z.B.eine Möglichkeit und sei es nur am Rande, mit ihnen zu sprechen.

ZECK(A): Aber vielleicht könnt ihr noch weiter füllen, was ihr damit meint, die Gedenkarbeit nicht den staatlichen Stellen zu überlassen. Das beinhaltet ja, dass man mit der Erinnerung an den NS etwas anderes verbindet als der Staat, dass letztlich bestimmte politische Konsequenzen damit verbunden sind.

PAUL: Grundsätzlich muss man die deutsche Staatlichkeit delegitimieren. Die Konsequenz aus dem 8. Mai 1945, dass von diesem Gebilde kein Krieg mehr ausgehen darf, wird zunehmend in Frage gestellt. An dieser Konsequenz festzuhalten, ist wichtig - trotz ihrer verqueren Logik.

JONAS: Das sehe ich auch so. Grundsätzlich muss jeder positive Bezug auf ein deutsches Staatengebilde oder die darin inbegriffene deutsche Identität angegriffen werden.

ZECK(A): Hinter dem, was ihr sagt, steck ja der Gedanke, dass die deutsche Nation und Identität zu bekämpfen ist, weil letztendlich Ausschwitz aus genau dieser Identität entstanden ist. Darüberhinaus gab es im klassischen linken Antifaschismus, im Antifaschismus der VVN bspw. immer einen Bezug auf den Kapitalismus. Die Frage, die mit der Erinnerung an den NS verbunden war, war die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen, die den NS ermöglicht haben. Die Frage heute ist im Prinzip: kann man für sich noch formulieren, was sind die Bedingungen für dieses Ereignis gewesen und in wieweit bestehen diese Bedingungen fort?

PAUL: Ich denke, die Hauptauseinandersetzungen in der Linken gehen nicht mehr um die historischen und gesellschaftlichen Bedingungen des NS, sondern um die militärischen Maßnahmen, die für die Zerschlagung des NS notwendig waren. Darum streitet man sich, das ist die antideutsche Debatte. An dem historischen Tatbestand kann keine geführte Debatte etwas ändern, die Anti-Hitler Koalition hat es geschafft, den NS militärisch zu besiegen und zu einem Teil zu zerschlagen.. Meiner Ansicht nach geht der Streit vor allem darum, ob die Legitimität der militärischen Maßnahmen infrage gestellt wird und ich bin froh, dass die im wesentlichen in der Linken nicht infrage steht.
Aber es wird nicht darüber diskutiert, ob es mit Kapitalverhältnissen zu tun hat, wie sich die Einzelnen dem Gemeinwesen unterwerfen müssen. Es gab im NS unterschiedliche Verantwortungsebenen, aber ein hoher Prozentsatz hat sich an der Arisierung beteiligt. Und wenn es ein gekaufter Löffel aus einer Auktion war. Das hat natürlich nichts mit Genen zu tun, sondern mit einem gewachsenen historischen Verhältnis.

JONAS: Für mich spielt der Antisemitismus eine zentrale Rolle, auch in dieser Auseinandersetzung. Die Herausbildung einer nationalen Identität ist ja immer mit einem Gegensatz verknüpft und für die deutsche Gesellschaft erfüllte der Antisemitismus ab Ende des 19. Jahrhunderts diese Funktion. Er hat sich weiter tradiert, sich seine Kanäle gesucht, bis heute. Ab 1990 kam es infolge der Wiedervereinigung zu immer mehr Tabubrüchen, ob es die Walser-Rede ist oder die Hohmann-Rede usw. Da kommt was zum Ausdruck, dem nicht gross widersprochen wird und um das zu sehen und zu kritisieren, halte ich es für zentral, sich weiterhin mit dem NS und der Shoah auseinanderzusetzen.
Andererseits tut man sich schwer damit, die Bedingungen, die Auschwitz ermöglicht haben, weitergehend zu fassen. Ich merke es auch in Diskussionen in meiner Gruppe, die sich mit dem 8. Mai und Gedenken beschäftigt und wo die Frage auftaucht: was ist denn eine linke Auseinandersetzung, wie wollen wir die eigentlich? Auf die Frage finde ich erstmal keine leichte Antwort, weil das, was es an Auseinandersetzungen in der Linken gab, sehr unbefriedigend ist.

PAUL: Ich denke, dass durch die Diskussionen um Antisemitismus die ideologischen Bedingungen des NS ganz gut aufgearbeitet sind. Die andere Frage ist immer die Übertragung auf Heute. Die materiellen Voraussetzungen sind heute nicht mehr vorhanden, aber auf einer verschobenen Ebene bestehen die historischen Bedingungen fort, bzw. haben sich transformiert, warum die Debatte um Antisemitismus, Israel, Islam, USA usw. auch ihre Berechtigung hat.

ZECK(B): Ja, aber darin zerfleischt sich die

Linke prima. Es werden von verschiedenen Seiten Sachen rausgehauen, aber es findet keinen gemeinsamen Ausdruck mehr.
JONAS: Aber das ist ja auch das Dramatische an den Mobilisierungen zu



Dresden gewesen, wo ich den Eindruck habe, dass Dresden als antideutsches Thema gesehen wird, mit dem man sich nicht weiter auseinandersetzt und deshalb zu Hause bleibt. Und am Ende bleiben Naziaufmarsch und Bürgergedenken stehen und die Linke verschwindet.
ZECK(A): Wenn es ständig ein undifferenziertes positives Bezugnehmen auf die Alliierten gibt, ist man in seiner Wahrnehmung 1945 stehengeblieben. Die Frage ist, was verknüpfe ich mit so einer positiven Bezugnahme, wie sie im Moblisierungsflugblatt für die Demo in Dresden auftaucht? Das ist dann der Punkt, wo viele einfach keine Lust mehr darauf haben. Ich denke schon, dass man seine eigene Position entwickeln muß, aber die innerlinke Auseinandersetzung lähmt da im Moment eher.
ZECK(A): Aber es bleibt die Frage, was in dieser Lähmung inhaltlich verborgen ist. Die Auseinandersetzung ist ja nicht so unbefriedigend, weil alle Hohlköpfe sind und niemand differenzieren kann, sondern weil auf eine verquere Art und Weise wirklich etwas schief liegt. Ganz zentral an dem Punkt, welche politische Konsequenz zieht man noch aus der NS-Vergangenheit bezogen auf heute. Da ist dann die antideutsche Fraktion eine, die für sich bestimmen kann, was für Konsequenzen sie daraus zieht und die deswegen erstmal auch sehr dezidiert auftreten kann. Dieser Bezug taucht dann in Formulierungen auf , in denen es heißt, Israel sei die einzige Konsequenz aus Ausschwitz gewesen, die die Welt gezogen hat, woraus sich wieder die Israelsolidarität für heute ableitet.
Die traditionellere antifaschistische Linke bekämpft die Faschisten, aber transportiert immer weniger einen Bezug von Vergangenheit und Gegenwart und eine weitergehende Vorstellung von Gesellschaft, wie es bspw. ein revolutionärer Antifaschismus versucht hat. Der revolutionäre Antifaschismus der Antifa-M war ja durchaus ein Versuch, den Zusammenhang von NS-Vergangenheit und den heutigen Verhältnissen gesellschaftlich herzustellen: Nazis bekämpfen heißt dann auch gegen die gesellschaftlichen Voraussetzungen zu kämpfen, die die Nazis produzieren. Mir scheint, dass die Einen eine sehr verkürzt und scheinbar klare Antwort auf die Frage nach den Konsequenzen aus dem NS für heute haben, wohingegen die Anderen eher am Schwimmen sind.
PAUL: Wenn Du die Erfahrungen des NS mit der Frage nach der Überwindung der herrschenden Verhältnisse heute verknüpfst, stellt sich die Frage, wen Du noch gewinnen willst. Wenn die historische Erfahrung zeigt, dass der NS von der Mehrheit getragen wurde und Du für heute feststellst, dass die entsprechende Ideologie noch vorhanden ist, zumindest in der Potenz noch mehrheitsfähig ist, dann weißt Du, dass Du kaum jemanden erreichen wirst. Auch gegen etwas wie Hartz IV gibt es keinen bürgerlichen Protest mehr. Eine Initiative wie "Agenturschluss" will natürlich auch andere Leute ansprechen, wenn Du aber in einem Gemeinwesen lebst, das strukturell noch immer eine Reihe von Bedingungen enthält, die den Nationalsozialismus hervorgebracht haben, stehst Du vor einem Widerspruch.
ZECK(B): Wenn es um die Verhältnisse hier geht, ist eine Verknüpfung mit Rassismus wichtig. Mittlerweile dreht sich alles um Antisemitismus, aber der Bezug zum Rassismus fällt flach oder beides wird gegeneinander gestellt. Viele, die den Antisemitismus bekämpfen, ignorieren den Rassimus, und wer Antira-Arbeit macht ignoriert den Antisemitismus. Um die Verhältnisse anzugreifen, mußt Du beides im Blick haben und auch die Verknüpfung. Das passiert nicht mehr, was ich ganz bitter finde, weil es so notwendig wäre. Was übrigbleibt ist ein unfruchtbarer Streit.
PAUL: Ich sehe es auch so, dass der Streit mehr verhindert. Eigentlich gibt es eine Notwendigkeit, gesellschaftlich zu intervenieren, und der Streit verhindert das. Auf der anderen Seite ist die Auseinandersetzung mit den Gedenkgeschichten eher schwach, selbst an den konkreten Punkten Entschädigung oder Strafverfolgung, und das ist für mich ein Zeichen einer Blockade, die vorhanden ist.
Die diskutierten Themen sind ja an sich nicht neu. Antisemitismus wurde auch schon anläßlich der Parolen in der Hafenstrasse diskutiert. Aber im Moment gelingt es nicht, der gesellschaftlichen Tendenz auch nur halbwegs etwas entgegenzusetzen. Das liegt auch daran, dass die Nazis mehr sind. 1995 gab es nirgends Aufmärsche von 5000 Nazis anläßlich ihrer Gedenkveranstaltungen. Zur Wehrmachtsausstellung in München waren es erstmals so viele.
JONAS: Ja, das hat sich verschoben. Die Auseinandersetzung ist eher eine Blockade. Die Ausblendung, die Du vorhin angeführt hast, ist darin ein Knackpunkt. Die unsägliche Geschichte dabei ist, sich die Welt so hinzukonstruieren, dass man über den Begriff des "Djihadisten" in das rassistisch-antiarabisch-deutsche Horn blasen kann. Derart undifferenziert vorzugehen kann nicht Teil einer Linken Debatte sein.
ZECK(A): Nochmal zurück zur Frage, wie eine adäquate Erinnerung an den Nationalsozialismus aussehen kann, welche politischen Konsequenzen folgen daraus, wie bestimmt man das genauer in den inhaltlichen Auseinandersetzungen? Vielleicht kann Antifaschismus an dem Punkt auch einfach nicht mehr, vielleicht sind weitergehende Erwartungen zu hoch gesteckt?
JONAS: Es ist schon die Frage, inwiefern Antifaschismus mehr sein kann. Antifaschismus ist erstmal eine sehr große Klammer, die man als Gegenkonzept gegen den Faschismus aufstellt. Der Punkt, der bei dem revolutionären Antifaschismus hinkt, steckt in der Frage: wen will man damit erreichen? Kann bzw. will man diese Gesellschaft überhaupt erreichen? Was für eine Analyse hat man vom NS, wenn man davon ausgeht, dass sich eine Ideologie am 8. Mai 1945 nicht in Luft auflöst. Wenn die Shoa ein gesamtdeutsches Projekt war, dann zieht die Ideologie auch weiter. Und andererseits kann man unter Antifaschismus sehr viel verstehen. Da kann sich der Grünen-Politiker genauso hinterstellen wie die bürgerliche Linksliberale oder auch Marxisten, Autonome, etc.
PAUL: Ich möchte noch einen anderen Aspekt in die Diskussion bringen. Wenn es um die Erinnerung geht, ist zentraler Bestandteil antifaschistischer Gedenkpolitik im Positiven immer gewesen, sich stark auf den Widerstand zu beziehen. Auf die Partisanen in Italien, die Beschreibungen Ingrid Strobels über die jüdischen Frauen im Widerstand, etc. Die Auseinandersetzung damit war für manche Gruppen geradezu konstitutiv. Die positive Bezugnahme auf diejenigen, die sich dem entgegengestellt haben. Die Aktiven, genauso wie die Leidtragenden die sich

nicht aktiv dagegengestellt haben, werden auch nicht jünger und sterben – das ist immer ein konstitutiver Punkt für linke und linksradikale Bewegung gewesen. Auch diese Bezugnahme ist jetzt in Frage gestellt.

ZECK(A): Genau diese Beziehung zu den Überlebenden, die im Widerstand waren und nach 1945 den Antifaschismus und das antifaschistische Gedenken geprägt haben, wird immer prekärer. Das bedeutet, man muß sich unabhängig davon überlegen, wie ein Antifaschismus sich bestimmen kann. Wir waren Deine bisherigen Erfahrungen im Austausch mit einer Organisation wie der VVN?

PAUL: In dem Moment, in dem man tatsächlich etwas gemeinsam macht, wie z.B. die Proteste in Mittenwald, ist das sehr fruchtbar. Weil Du auch merkst, dass die VVN keine Überlebenden-Organisation ist, die sich nicht politisch verhält, sondern dass sie eine klare politische Ausrichtung hat. Vielleicht gibt es Differenzen, wenn man nicht in klassisch kommunistischen Wegen denkt. Was man im Kontakt mit Überlebenden auch merkt, ist, dass in der radikalen autonomen Linken keine gewachsene Auseinandersetzung existiert. Wir haben in Hamburg mal ein Projekt gemacht, in dem wir eine Ausstellung gezeigt und Überlebende eingeladen hatten. Da hat man sich viel gestritten, auch über ganz konkrete Sachen. Es war es erstmal gut, an einem Tisch zu sitzen, im Sinne von miteinander diskutieren.

Es ist ein großes Problem, dass da sowenig passiert ist und gegenüber den Überlebenden eher eine respektvolle Sprachlosigkeit herrschte. Spätestens wenn ich mir die Debatte um Antisemitismus ansehe, dann scheinen diese Bedenken auf allen Seiten zu herrschen. Das ist ein Problem, weil man im Gespräch mit anderen das Gefühl hat, die seien ganz persönlich selber betroffen, aber das stimmt dann gar nicht, man setzt sich damit auseinander, das finde ich völlig legitim, aber nicht den Gestus, der oft dahinter steckt, und dieser Gestus schafft dann eine Sprachlosigkeit. "Was heißt das für uns?" Wir sind doch gar nicht in einem so regen Austausch mit den Überlebenden gewesen. Als autonomer Antifa waren Veranstaltungen mit Überlebenden etwas Ungewöhnliches. Ich finde ich es sehr schwierig, wenn es um eine zu ziehende Perspektiven geht. Wie eine Erinnerung aussehen wird, die ohne diejenigen, die die NS-Zeit überlebt haben oder im Widerstand waren, auskommen muß, weiß ich im Moment nicht zu sagen.

JONAS: Ich denke, dass es relativ klar ist, an welchen Punkten die staatliche Inszenierung angegriffen werden muss. Inwieweit eine linke Erinnerungspolitik etwas anderes als das Destruktive im gesellschaftlichen Diskurs sein kann, bleibt für mich ein offene Frage.

ZECK: Dann danken wir Euch erstmal für das Gespräch und verbleiben - wie immer - mit mehr offenen Fragen als fertigen Antworten.

Bad Weather over Hamburg -

Time to take out an umbrella!

Kein Podium, keine Diskussion, keine Veranstaltung mit Sexisten!

Für den 25.02.05 luden die "Antideutsche Gruppe Hamburg" und die Gruppe "Bad Weather" den Bahamasredakteur J. Wertmüller zu einer Diskussionsveranstaltung "Jihad und multikulturelle Gesellschaft" nach Hamburg ein. Wie mittlerweile allgemein bekannt sein dürfte, handelt es sich bei Wertmüller (wie auch bei anderen Personen der Redaktion Bahamas) um ebenso notorische wie polemische Sexisten und Rassisten.

Which part of no is it you don't understand?

In verschiedenen Texten der Publikation Bahamas (z.B. "Infantile Inquisition" von Wertmüller/Krug Bahamas Nr.32 und die Sondernummer "Sexualität" Nr.34) werden in einem unerträglichen Stil sexualisierte Gewalt gegen Frauen bagatellisiert, Täter zu Opfern verkehrt und die Definitionsmacht von Frauen in Fällen sexualisierter Gewalt massiv angegriffen und kategorisch abgelehnt. Bahamas und insbesondere Wertmüller übernahmen unter anderem mit diesem unsäglichen Text eine antifeministische Rammbockfunktion für (vermeintlich linke) Sexisten jeglicher Couleur.

Vor dem Hintergrund eines gesamtgesellschaftlichen Backlash in Bezug auf von der Frauenbewegung erkämpfte Errungenschaften ist auch die Marginalisierung antisexistischer Positionen in der radikalen Linken zu verstehen. So ist es denn auch zu erklären, dass nach einer klaren Positionierung pro Definitionsmacht, einer antisexistischen Praxis und generellen Verankerung antipatriarchalen Bewusstseins hier in der Regel vergeblich gesucht werden muss.

Während Frauenhäuser und –beratungsstellen massivsten Kürzungen ausgesetzt sind und sexualisierte Gewalt gegen Frauen ein nach wie vor tabuisiertes Massenphänomen ist, gibt es in der radikalen Linken keine nennenswerte Diskussion hierzu, von einer politischen Praxis gar nicht erst zu reden. Und in den Fällen, in denen wegen eines konkreten Falles sexualisierter Gewalt dann doch eine Diskussion stattfindet, ist das, was dabei an Argumenten zu Tage kommt, in der Regel mehr als schauerlich.

Talking is over, asshole!

Wer diese Zustände ignoriert oder sich gar, wie Justus Wertmüller, zu ihrem Apologeten macht, indem er Vergewaltiger zu Opfern stilisiert und Vergewaltigungen zu "Lust machen" (Zitat Bahamas Nr.32) umdeutet, der hat auf Veranstaltungen der radikalen Linken aber hauch nicht das Geringste zu suchen! Wir sind an dieser Stelle weder bereit noch halten wir es für notwendig, sich en detail mit den Argumentationsmustern oder einzelnen Texten von Wertmüller oder Bahamas auseinander zu setzen. Dies ist unseres Erachtens bereits zur Genüge passiert.

Is it really all about Israel?

Eine Kritik an der Veranstaltung von "Bad Weather" und der "Antideutschen Gruppe" kann durchaus abstrahiert von ihrem Thema stattfinden. Denn es geht in dieser Kritik eben nicht um eine Positionierung zum Thema "Jihad", sondern um die allem Anschein nach provokative Einladung eines Referenten, der getrost als sexistischer und rassistischer Reaktionär bezeichnet werden kann. Eine andere Referentin einzuladen wäre wohl jederzeit möglich gewesen, war aber anscheinend gerade politisch weder von "Bad Weather" noch von der "Antideutschen Gruppe" gewollt. Unabhängig davon, was wir von dem Inhalt der Einladung zu der Veranstaltung halten: Es geht uns keineswegs darum, Diskussionen um Antisemitismus und Antizionismus zu verhindern, ganz im Gegenteil. Mit der Wahl des Referenten diskreditieren die einladenden Gruppen jedoch von vornherein gerade diese Diskussion!

Wir fordern von der "Antideutschen Gruppe Hamburg" sowie von "Bad Weather" eine Stellungnahme, warum der Sexist Wertmüller als Referent eingeladen wurde. Ebenfalls fordern wir von allen Gruppen und Einzelpersonen, die sich bisher solidarisch mit "Bad Weather" und der "Antideutschen Gruppe Hamburg" fühlten, eine Positionierung hierzu!

UnterstützerInnen:
Flagranti – Feministische Gruppe Hamburg
(tag) – temporäre autonome gruppe
Infoladen Schwarzmarkt, FrauenLesbenTag im Schwarzmarkt, Archiv für Soziale Bewegungen Norderstedt

Workfare is not fair

Gegen Lohndumping und Zwangsdienste – Ein-Euro-Jobs stoppen!

Seit Oktober letzten Jahres gibt es sie: Ein-Euro Jobs – freiwillig wie die vermittlungswilligen Wohlfahrtsverbände unermüdlich betonten. Seit Januar ist es vorbei mit der vermeintlichen Freiwilligkeit. Wer nun einen Ein-Euro Job ablehnt, bekommt je Verweigerung eine heftige Kürzung seines knappen Arbeitslosengeldes II. Viel entscheidender ist jedoch: mangels alternativer Zuverdienstmöglichkeiten (neben Schwarzarbeit) sind viele ArbeitslosengeldII-EmpfängerInnen gezwungen, eine solche Arbeitsgelegenheit für zusätzliche 1 bis 1,5 Euro anzunehmen. Wer dies angesichts eines Arbeitslosengeldes II, von dem allein die meisten definitiv nicht leben können, "freiwillig" nennt, argumentiert zynisch und unsozial.



Genau das tun Sozialverbände wie Caritas, Diakonie, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt und Paritätischer Wohlfahrtsverband, sowie viele kommunale Beschäftigungsträger und diverse Verbände und Vereine.

Viele Arbeitslosenzentren wollen bei Ein-Euro Stellen nicht nein sagen und die von den Arbeitsagenturen gezahlten Kopfprämien pro angebotener "Arbeitsgelegenheit" zusätzlich zur kostenlosen Arbeitskraft einstreichen. Selbst linke Kulturzentren bemühen sich trotz Bauchschmerzen mit dem so unterstützten Lohndumping und dem unausweichlichen Zwangscharakter um die Einrichtung von Ein-Euro Jobs.

Bei so breiter Akzeptanz fiel es den deutschen Medien bislang nicht schwer, das Bild einer "glücklichen" Ein-Euro JobberIn zu zeichnen. Doch es macht sich Unmut breit – sowohl unter den Arbeitslosen, als auch unter den (noch) Beschäftigten:

Denn mit der vermeintlichen "Zusätzlichkeit" vieler bereits geschaffener 1-Euro Jobs wird es nicht so genau genommen. Neben Lohndumping gibt es also auch den Effekt der unmittelbaren Verdrängung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. In mehreren uns bekannten Fällen wurde MitarbeiterInnen im Bereich der Altenpflege gekündigt und deren Stelle nachweislich als 1-Euro Job neubesetzt.

Ganz im Sinne derer, die eine Ausweitung der Ein-Euro Jobs auf privat-wirtschaftliche Betriebe fordern, werden mehr und mehr Fälle bekannt, in denen bereits jetzt private Unternehmen Ein-Euro-JobberInnen nutzen. Die Bedingung an einen Ein-Euro-Job, er müsse "im öffentlichen Interesse" sein, wird so großzügig ausgelegt, dass zum Beispiel ein kommerzielles Unternehmen für Krankentransporte in Köln einen fest angestellten Mitarbeiter durch einen Mann ersetzt hat, der bei einem Krankenhaus auf 1-Euro-Basis arbeitet und von diesem "weiterverliehen" wird.

Das vorgebliche Ziel, die Integration in den ersten Arbeitsmarkt, ist angesichts der hohen Massenarbeitslosigkeit und der faktisch nicht gegebenen Qualifizierungsmöglichkeiten nichts als haltlose Propaganda, mit der die Zwangsdienste schöngeredet werden und die Erwerbslosen "motiviert" werden sollen. In der Praxis könnte es sein, dass Ein-Euro-JobberInnen eine Arbeitsgelegenheit nach der anderen durchlaufen.

Bei den Ein-Euro Jobs handelt es sich keineswegs um reguläre Arbeitsplätze, sondern um entrechtete und entgarantierte Zwangsdienste insofern, als dass es keinen Arbeitsvertrag gibt, keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Urlaub, keine tarifliche Entlohnung, kein Streikrecht, keinen Kündigungsschutz und keine Möglichkeit, Renten- und Arbeitslosenversicherungsanspruch aufzubauen.

Die verschärfte Repression "keine soziale Hilfeleistung ohne Gegenleistung" (workfare), die durch die Ein-Euro Jobs auf die Spitze getrieben wird, wirkt disziplinierend und aussondernd zugleich. Wer den Forderungen nicht nachkommt, wird gänzlich ausgemustert, verliert alle Ansprüche. Durch immer mehr unzumutbare und erzwungene Regeln werden immer mehr Verstöße gegen diese Regeln provoziert. Immer mehr Menschen werden daher aus den sozialen Sicherungssystemen herausgedrängt.

Wir halten es für notwendig und aussichtsreich, in der Einführungsphase gegen diese entrechteten Pflichtdienste und damit gegen ein wesentliches Instrument dieses verschärften workfare mobil zu machen.

Wir rufen auf, uns im Sinne einer kollektiven Selbstverteidigung gegen diese Zumutung zu wehren. Unsere Erfahrung aus dem Auftakt der Agenturschluss-Initiative am 03. Januar 05 haben gezeigt, dass sozialer Widerstand in diesem Bereich noch stärker an Alltagspraxis gewinnen und sich mehr an den konkreten Bedingungen auf dem Arbeitsamt bzw in den Ein-Euro Beschäftigungsstellen orientieren muss.

Wir rufen Euch auf, die Ein-Euro-Job Profiteure öffentlich zu machen! Untersuchungs-"Spaziergänge" zu diesen Ein-Euro-Arbeitsstellen sind nützlich, um mit den dort Beschäftigten zu diskutieren und die Geschäftsführung mit unserem politischen Widerstand zu konfrontieren. Solche Besuche sind gleichermaßen Teil der Recherche als auch direkte Intervention.

Wir fordern alle MitarbeiterInnenvertretungen, Betriebs- und Personalräte auf, die Einführung von Ein-Euro-Jobs in ihren Betrieben zu verhindern. Ein-Euro Jobs sind mitbestimmungspflichtig!

Dort wo die Ein-Euro Jobs nicht verhindert werden konnten, fordern wir ausreichende Beratungs- und Organisierungsmöglichkeiten für Ein-Euro JobberInnen. Diese Minimalrechte sind eine Voraussetzung für selbstorganisierten Widerstand in den Beschäftigungsstellen. Richtet zusätzlich regelmäßige regionale/lokale Ein-Euro-JobberInnen-Versammlungen ein!

Wir rufen darüber hinaus alle Beschäftigten auf, jegliche Form von Widerstand ihrer Ein-Euro KollegInnen in den Betrieben zu unterstützen – aus Solidarität und zur Absicherung der verbleibenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse.

Wir rufen dazu auf, hochrangige Kirchenvertreter, deren Beschäftigungsträger im Ein-Euro Job Geschäft mitmischen, während der Gottesdienste zu "besuchen". Gemeindebriefe und begründete Kirchenaustritte verschärfen die ohnehin schon vorhandene interne Kontroverse.

Wir rufen auf zur Teilnahme am bundesweiten Aktionstag gegen die Beschäftigungs- und Koordinierungsstellen von Ein-Euro-Jobs am 20. Mai 05. Dazu wollen wir regional bedeutende Beschäftigungsträger besuchen, belagern und besetzen. Insbesondere werden wir die "Zwischenhändler", die im Auftrag der ARGE die Vergabe der Ein-Euro-Jobs koordinieren und das Profiling durchführen, ins Visier nehmen. Mit diesem Aktionstag wollen wir unsere Demütigung und unser Gefühl von Ohnmacht punktuell überwinden und mit unserer Wut sichtbar werden.
Wir fordern alle Einrichtungen auf: Beteiligt Euch nicht am Ein-Euro-Job Geschäft!
Wir wissen um die widersprüchliche Lage, in der sich viele Einrichtungen in bezug auf die Einführung von Ein-Euro-Jobs wegen individueller Anfragen und Finanzierungsmangel befinden. Wir sehen jedoch in einem kollektiven Protest die einzige Möglichkeit, eine konkrete, politische Absage an diese Zumutung (für ArbeitnehmerInnen und als ArbeitgeberInnen fungierende Träger) zu formulieren. Wer sich am Ein-Euro Jobprogramm beteiligt, gräbt sich langfristig selbst das Wasser ab! Ein fortschreitendes Unterhöhlen qualitativer Standards durch die Ausweitung von Ein-Euro Jobs legitimiert die Streichung weiterer Stellen und Fördergelder.
Wir fordern ein bedingungsloses Grundeinkommen für ein würdiges Leben. Dieses müssen wir uns nicht erst verdienen!
Ein-Euro-Kopfgeldjäger stoppen!

Initiative Agenturschluss
www.labournet.de/agenturschluss

Mayday – den 1.Mai zur Loveparade machen?

Am 1. Mai soll in Hamburg der Euromayday stattfinden. Es handelt sich hierbei um ein Demokonzept in Paradenform, angelehnt an die Paraden, die in den letzten Jahren in Barcelona und Mailand stattgefunden haben und die aufgrund der dort existierenden Basisbewegungen relativ groß waren.
Das Thema des Mayday ist "Prekarisierung".
Doch was ist Prekarisierung? Prekarisierung ist der Begriff für die Zunahme von prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen. Prekär bedeutet heikel, unsicher. Der Begriff der Prekarisierung setzt einen Bezug auf "normale" Arbeitsverhältnisse voraus, die es sowieso nur in den sog. Industriestaaten jemals gegeben hat und die global gesehen überhaupt nie "normal" waren.

wir sind prekär- yeah yeah yeah

Der Mayday soll alle ansprechen, die sich irgendwie prekarisiert fühlen:
Wir sind jetzt plötzlich alle "prekär", wenn auch in "unterschiedlichen Lebenslagen" (der eine ist eben Freelancer, die andere illegalisierte Putzfrau), die einen mit akademischen Graden und deutschem Rentenanspruch (und auch auf Zahlung von ALGII plus Miete!), die anderen haben einfach nix, wenn ihr Arbeitsplatz wegfällt.

Die Forderung von sozialen und politischen Rechten für alle Menschen unabhängig von Staatsangehörigkeit und Lebensort ist wichtig. Aber: Die Konstruktion einer sozialen Gemeinsamkeit im Sinne von "Wir sind alle ein bisschen Opfer" ist keine Basis für eine politische Identität.
Die Linken, die ihre Forderungen immer noch an dieses System richten das ihnen irgendwelche Rechte garantieren soll, haben die Rolle des Staates nie richtig verstanden. Der Staat ist ein kapitalistischer Staat, von etwas anderem reden heißt, von "hölzernem Holz" (Erich Mühsam) reden. Soziale Sicherungssysteme wurden nur deshalb eingeführt, weil die herrschende Klasse Angst vor Revolutionen hatte.
Die OrganisatorInnen des Mayday tun so, als wäre sozialer Kampf ein konsumierbares Spaßevent. Der Mayday soll als "paradeskes event" durch seine Form fortschrittlicher als die "ritualisierten Demos" der traditionellen Gewerkschaften erscheinen; inhaltlich beziehen die OrganisatorInnen keinen politischen Standpunkt und verschleiern, dass es sozialrevolutionäre Perspektiven gibt.

Es handelt sich beim Mayday um nichts anderes als Gejammer ohne eine grundsätzliche Kritik der Lohnarbeit und ohne eine andere politische Perspektive als dieses Gejammer an Politiker ranzutragen. Solche Paraden wirken in Bezug auf die aktuelle Situation bestenfalls karikierend (ja, es sterben tatsächlich jeden Tag Menschen durch dieses System) und haben auf keinen Fall etwas mit Widerstand oder politischem Kampf für Selbstbestimmung zu tun. Das Mayday-Konzept beinhaltet weder eine grundsätzliche Kapitalismus- und Gesellschaftskritik noch eine gesamtgesellschaftliche Perspektive für Veränderung. Der einzige Bezugspunkt des Mayday sind flexible und sichere Arbeitsplätze- "Flexicurity" eben. Dass die Illusion von sozialer Sicherheit im Kapitalismus immer nur auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrheit der Menschen beruhen kann, das wird stillschweigend übergangen.

Karneval statt Widerstand gegen Agenda 2010 und Hartz?

Der 1. Mai ist der Internationale Kampftag der Klasse der Lohnabhängigen für ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung. Events, an denen Leute teilnehmen, weil sie eine Befreiung von ihren verinnerlichten Zwängen versprochen kriegen, sind in dieser Hinsicht nur kontraproduktiv (Zitat Aufruf: "Leben Sie Ihr Leben, wie Sie es wollen? – Nein? – Dann hilft nur eins: Durchstarten beim Euromayday in Hamburg!" "Das präsentieren wir am 1.Mai mit der Euromayday-Parade auf der Straße und da wollen wir euch sehen."!
Diese Anpreisung von Politkonsum mit Identitätsfindungsanspruch ist schlicht antiemanzipatorisch

Abschaffung der Lohnarbeit ist nur durch langfristige Organisation von unten zu erreichen. Für diese Inhalte stehen und kämpfen wir als Anarchosyndikalist/-innen weiterhin; es entspringt nicht einer überkommenen Tradition, sich der Inhalte zu erinnern. Der Kapitalismus ist bei weitem noch nicht abgeschafft oder überholt. Er ist grausame Realität!

Wir wiederholen uns sicherlich – aber dennoch: Wir wollen keine flexibilisierten aber sozial abgesicherten (Flexicurity) Arbeitsplätzchen in einer schönen Bäckerei– wir wollen weiterhin die gesamte Bäckerei übernehmen, um nicht weiter als Lohnabhängige von den Krümeln der BäckereibesitzerInnen abhängig zu sein. Wir können der Erpressung durch die Kapitalisten nur entgehen, wenn wir die Kapitalisten enteignen und die gesellschaftlich notwendigen Produkte zu unser aller Bedürfnisbefriedigung gemeinsam übernehmen und verantworten. Wer das nicht will, weil es ihm/ihr zu anstrengend oder zu kompliziert erscheint, wird immer auf Gedeih' und Verderb dem kapitalistischem System ausgeliefert sein, and the precarity goes on ...

Wenn ich nicht tanzen kann, ist es nicht meine Revolution! Stimmt!
Was soll ich tanzen, wenn da keine Revolution ist? Stimmt auch!

Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union
Hamburg

BUKO28: innere und äußere landnahme umkämpfte terrains: arbeit, biopolitik, kolonialismus

Landnahme - ein rätselhafter, ein sperriger Begriff. Und doch wird der BUKO 28 ihm vier Tage lang Platz einräumen. Platz für Diskussion, Austausch und Information, Platz aber auch für die Entwicklung von Strategien - wider die Landnahme von oben, für die Vielfalt möglicher Landnahmen von unten.

Was die Herkunft des Begriffs Landnahme angeht, ist ein gern zitierter Orientierungspunkt die Schrift Rosa Luxemburgs zur Kapitalakkumulation. In diesem Text beschreibt Luxemburg den grundsätzlich expansiven Charakter der kapitalistischen Akkumulationsdynamik vor dem Hintergrund des kolonialen Imperialismus. Ihre auf knapp vierhundert Seiten entwickelte These komprimiert sie in der Feststellung, "dass die kapitalistische Akkumulation zu ihrer Bewegung nichtkapitalistischer sozialer Formationen als ihrer Umgebung bedarf, in ständigem Stoffwechsel mit ihnen vorwärts schreitet und nur so lange existieren kann, als sie dieses Milieu vorfindet".
Diese "nichtkapitalistischen sozialen Formationen", wie zum Beispiel bäuerliche Produktionsweisen oder traditionelle Sozialordnungen in den kolonisierten Ländern, werden im Moment ihrer imperialistischen Erschließung als eigenständige, nicht-kapitalistische Formationen zerstört. Kapitalistische Landnahme "nimmt" also nicht nur, sondern setzt bestehende Gesellschaftsformen einer fundamentalen und destruktiven Transformation aus: Das genommene Land bleibt nach dem Raub nicht dasselbe, sondern es verändert sich von Grund auf; eben und gerade auch, wie Luxemburg zeigt, im Ganzen des "inneren" sozialen Lebenszusammenhangs. Und gerade das, diese innere Landnahme ermöglichte dem imperialistischen Projekt seine weltweite Durchsetzung.

Letzte Schranke nicht in Sicht

Trotz ihrer desillusionierenden Beschreibung der Maßlosigkeit kapitalistischer Expansion geht Rosa Luxemburg erstaunlicherweise doch von der Existenz einer absoluten Grenze aus: Wenn nämlich das nicht-kapitalistische Außen vollständig in Wert gesetzt und damit zum Innen geworden wäre und es somit kein nährendes äußeres "Milieu" der Kapitalakkumulation mehr gäbe - dann erreicht die Geschichte, jedenfalls in Luxemburgs Vision, "denjenigen Moment, wo die Kapitalsherrschaft ihre letzte Schranke erreicht haben wird".
Heute wissen wir , dass Rosa Luxemburg mit ihrer Beschreibung kapitalistischer Landnahme zugleich Recht und Unrecht hatte. Dass die Dynamik der kapitalistischen Akkumulation längst den gesamten Globus ergriffen hat und Länder, Kontinente, Produktionsweisen, soziale Lebenszusammenhänge in eben jener Doppelbewegung aus Destruktion und Transformation unter ihr Kommando gebracht hat, wird kaum jemand bestreiten. Eine "letzte Schranke" ist jedoch nirgends in Sicht.
Statt dessen greifen aggressive kapitalistische Expansionsstrategien auf dem globalisierten Markt mit tief greifenden Erschließungen des "Inneren" ineinander - sei dies das Wissen, die Kreativität, Emotionalität oder auch schlicht: die Lebenszeit derjenigen, die weltweit ihre Arbeitskraft verkaufen; sei dies die Transformation des Körpers in eine "zirkulations- und eigentumsfähige Ware", sei dies die Privatisierung vormals nicht-ökonomischer gesellschaftlicher Sektoren wie öffentliche Dienste, soziale Sicherungssysteme, Wasser, Bildung, Kultur, Gesundheit - die Liste ließe sich noch lange fortführen.

Innere und äußere Landnahme heute

... bedeutet, dass die ganze Subjektivität, der "ganze Mensch" in zunehmend entgrenzten Arbeitsregimen potenziell produktiv gemacht wird und gleichzeitig immer mehr Menschen, unter ständiger Androhung umfassender "Freisetzung" vom Arbeitsmarkt, im selben Atemzug prekär werden - ohne dass damit eine Einheitlichkeit der Erfahrung behauptet werden könnte: Prekaritäten sind vielmehr vielfältig, widersprüchlich und herrschaftsförmig organisiert. Es bedeutet aber auch, dass nicht mehr nur der Körper als Arbeitsmittel (natürlich aber auch!), sondern zugleich der Körper als kapitalisierbare Ressource in Form von Zellen, Genen oder Organen in den Prozess der Kapitalverwertung eingeht - in Kombination mit einer Gesundheitsideologie, die uns die marktgerechte Wartung von Körper, Geist und Seele unter Androhung von sozialem Ausschluss als lebenslange Anforderung aufbürdet. Es bedeutet, dass genetische, biologische und Wissensressourcen z.B. von indigenen Kulturen als exklusive Profitquellen von Agrarkonzernen patentrechtlich "geschützt" werden und "Life Industries" zu Schlüsselindustrien werden. Es bedeutet, dass ein breites Spektrum neokolonialer Strategien den historischen Kolonialismus - als klassisches Vorbild für Landnahme - ebenso transformiert wie fortführt:
in den rassistischen Migrationsregimen des globalen Nordens, in "humanitär" legitimierten Menschenrechtskriegen, in der von privatwirtschaftlichen Konzernen vorangetriebenen Militarisierung im Süden oder in der im Norden staatlicherseits gern gepflegten Tradition des ehrenvollen Gedenkens an koloniale Völkermörder. Das heißt: Arbeit, Biopolitik und (Neo-)Kolonialismus sind ganz bestimmt nicht die einzigen, aber doch wichtige Terrains, auf denen sich globale kapitalistische Landnahmen derzeit abspielen.

Kein Außen, nirgends

Wenn es stimmt, dass wir heute von einem vollständig ausgebildeten Weltmarkt im Sinne einer auf Dauer gestellten "ursprünglichen Akkumulation" ausgehen können, dann geht es nicht einfach um eine weitere Etappe in einem Expanisonsprozess, sondern um einen qualitativen Sprung: Es gibt nichts mehr, was als prinzipielles Außen gegenüber kapitalistischer Inwertsetzung denkbar wäre - keine Natur, keine Kultur, kein Selbst. Paradoxerweise gibt es genau deshalb auf der anderen Seite aber auch kein Innen mehr, das - als Privates, Ureigenes, ganz Persönliches - für Kapitalisierung und Vergesellschaftung per se unerreichbar wäre. Dies war zwar immer schon so - auch die fordistische "Privatsphäre" etwa war hochgradig durch innere Landnahmen z.B. durch Geschlechterideologien geprägt. Trotzdem lässt sich "von einer verschärften, direkten Unterwerfung der eigenen Alltagspraxen unter kapitalistische Logik sprechen" , wenn eigentlich jeder Bereich des Lebens warenförmig werden kann - und soll. Und in eben diesem Prozess wird es immer schwieriger, "innere" und "äußere" Landnahmen glasklar voneinander abzugrenzen.
Selbst emanzipatorische Konzepte sind vor Landnahme nicht gefeit. Auch Herrschaftsstrukturen treten uns immer mehr in unseren eigenen Begriffen, Konzepten und Wünschen, als unser eige-

nes "Inneres" gegenüber: Forderungen nach selbstbestimmtem Arbeiten, Wohnen, Leben; nach mehr Autonomie und weniger Staat finden nicht erst seit Hartz IV eine teilweise groteske Übersetzung in herrschenden politischen Strategien und Rhetoriken. Angesichts der Perfidie dieser ideologischen Landnahme sehnsüchtig auf die guten alten Zeiten des fordistischen Normaldaseins zurückzublicken, kann darauf jedoch kaum eine befriedigende Antwort sein:
Die antiautoritären Kämpfe der 1970er und 1980er Jahre haben schließlich mit vollem Recht allen auf hegemoniale (weiße, patriarchale, bürgerliche) "Normalität" zielenden Vergesellschaftungsvorschriften eine klare Absage erteilt. Auch der BUKO steht in dieser Tradition.

Wider die globale Expansion des Kapitals ...

All dies bedeutet nun aber gerade nicht, dass es unmöglich wäre, über die Logik kapitalistischer Wertschöpfung und Produktivmachung hinauszukommen. Der faktischen Ökonomisierung sämtlicher Lebenszusammenhänge eine praktische Nicht-Unterwerfung, eine "Insubordination des Lebens" als "widerständiges Hinterland" entgegenzusetzen ist natürlich keine leichte Aufgabe. Denn dieses Hinterland ist ja paradoxerweise genau das "Reservoir, aus dessen Potenzen der Kapitalismus immer wieder seine Energien bezieht, eben jenes nicht reduzierbare Areal von Kreativität, Fantasie, von Bedürfnissen". Doch wenn es stimmt, dass die Ökonomisierung niemals vollständig sein wird, weil sie den Widerspruch von Landnahme und Widerstand eben nicht aufhebt, sondern "ganz ins Individuum hinein" verlegt , bietet genau das wiederum Potenzial für Revolte(n).
Die zentrale Frage auf dem Kongress wird die nach den Formen von Landnahme sein, die wir der uneingeschränkten Inwertsetzung des gesellschaftlichen Lebens entgegensetzen wollen und können. Ging es auf dem vorausgegangenen BUKO unter der Überschrift "Ende der Bescheidenheit" darum, das Konzept der Aneignung als eine politische Praxis begreifbar zu machen, die über die Skandalisierung von Herrschaftszuständen, über Forderungen nach Anerkennung von Heterogenität oder nach Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums hinausreicht , so fordert uns der Begriff Landnahme nun dazu auf, dieses Begreifbarmachen weiterzuführen und zu konkretisieren: Welches "Land" wollen wir uns denn (wieder-) aneignen, transformieren oder aber auch - ggf. - destruieren? Wie können die Orte der globalen kapitalistischen Landnahme als umkämpfte Terrains sicht- und lebbar gemacht werden? Auf welche Ziele und Forderungen können und wollen wir uns beziehen? Was beispielsweise ist mit "sozialen Rechten" angesichts der umfassenden Inwertsetzung von Körper, Subjektivität und natürlichen Ressourcen gemeint?

... die globale Expansion sozialer Kämpfe

Ob mensch Immanuel Wallersteins These, wonach die Kämpfe der kommenden 50 Jahre über die nächsten 500 Jahre entscheiden werden, plausibel findet oder nicht: Ganz bestimmt ist nicht zu erwarten, dass diejenigen, "die Privilegien haben, diese kampflos, einfach auf Grund eines Appells an ihre ethische Verantwortung oder gar historische Vision, aufgeben werden. Man kann davon ausgehen, dass sie versuchen werden, ihre Privilegien zu bewahren. Jede andere Vision wäre unverständlich und unrealistisch." (12) Ebenso realistische wie radikale Visionen zu entwickeln ist demnach das, was die Gegenwart uns abverlangt. Dazu lädt der BUKO 28 ein.

Stefanie Graefe
lokale Kongressvorbereitungsgruppe
Hamburg

Programmübersicht

Donnerstag, 05.05.05

Ab 17.30 Uhr:
Anreise; Anmeldung; Abendessen
20.00-20.30 Uhr: Begrüßung
Eröffnungspodium: "Was wird der Tsunami gewesen sein?"
Das Seebeben vom Ende letzten Jahres steht in verschiedener Hinsicht seiner Deutung noch offen. Es war sicher eine Natur-, es war aber auch eine gesellschaftliche Katastrophe, die vor allem arme und ärmste Länder traf.Welche Seite der Katastrophe wird die Bestimmende sein? Eine Veranstaltung mit: medico international und FernWeh – Forum Tourismus & Kritik im iz3w
Anschließemd: Coctailbar

Freitag, 06.05.05

10.00-11.00 Uhr:
"Von innerer und äußerer Landnahme": Einführung in Kongress und Kongressthema
11.00-13.00 Uhr: Auftakt
Forum A "Arbeit, Migration, Subjektivität
Auftakt Forum "Biopolitik"
Auftakt Forum "Colonialismus"
13.00-14.30 Uhr: Mittagspause
14.30-16.30 Uhr: Workshop Phase 1
17.00-19.00 Uhr: Workshop Phase 2

19.00-20.30 Uhr: Abendessen
ab 21 Uhr: doors open
"Eine Revolution, auf der man nicht tanzen kann, ist nicht meine Revolution" (Emma Goldmann)
Progressiv feiern für und mit der BUKO!-Konzert mit Bernadette la Hengst, Herrchens Frauchen, Petting und andere DJs. Rote Flora, Schulterblatt 71

Samstag, 07.05.05

10.00-12.30 Uhr:
Workshop Phase 3/ Abschluss der Foren
12.30-13.30 Uhr: Mittagspause
13.30-16.00 Uhr:
Thematische Stadtrundgänge
Raum für Vernetzungstreffen, spontane Arbeitsgruppen, Ausspannen
16.00-18.30 Uhr:
BUKO-Mitgliederversammlung
Möglichkeit, die Strukturen der BUKO näher kennenzulernen und über die aktuelle (finanzielle) Situation der BUKO mitzudiskutieren. Nicht zuletzt wird der nächste Kongressort und das nächste Kongressthema festgelegt. Auch Nicht-BUKO-ianerInnen" sind herzlich willkommen.
Filmvorführung und Diskussion: "LIEBE PERLA"
Einführung und Moderation der anschließenden Diskussion: Hannelore Witkofski (Hamburg) und Moritz Terfloth (Hamburg)
53 min. Hebräisch/Deutsch m. engl.UT, R.: Shahar Rozen/Israel 1999
18.30-20.00 Uhr: Abendessen

20.00-22.00 Uhr:
Öffentliche Podiumsveranstaltung: "Unsere Opfer zählen nicht – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg"
Mit VertreterInnen des Rheinischen JournalistInnenbüro

Sonntag, 08.05.05

Frühmorgens:
Frühes Frühstück für alle, die zur 8. Mai-Demo nach Berlin fahren
Später:
Frühstück für alle, die nicht nach Berlin fahren
10.00-12.00 Uhr:
Abschlussveranstaltung: "Neuer Stern am Widerstands-Himmel: Eine Bilanz der Aneignungsdebatten und -praxen"
Auf dem Podium diskutieren: VertreterIn der Umsonst-Kampagne, VertreterIn der Gesellschaft für Legalisierung, Dirk Hauer (Gruppe Blauer Montag), VertreterIn von arranca! (angefragt)

weitere Infos unter: www.buko.info

Anti-Atom-Seite

Ausstieg lieber nie als gar nicht!

Das wars dann wohl. Nach nunmehr 7 rot-grünen Regierungsjahren findet der Atomkonsens Anfang Mai mit der Stillegung des AKW Obrigheim sein vorläufiges Ende.
Bemerkenswerter als die Stillegung der Anlagen ist aus energiepolitischer Sicht das mediale Aufheben das von Seiten der Grünen darum gemacht wird. Für die Energieversorgung der brd ist der Bau der neuen Kohlegroßkraftwerke von Vattenfall mit zusammen mehreren tausend Megawatt Leistung oder die Sprengung des Kraftwerkes Hamburg Moorburg (2 x 500 MW) von ungleich größerer Bedeutung als das Ausscheiden der Reaktoren Stade (672 MW) und Obrigheim (340 MW). Auch angesichts der allein im vergangenen Jahr installierten Kraftwerkleistung von Windkraftwerken (über 2000 MW) ist es kaum nach zu vollziehen wenn der neue badenwürtembergische Ministerpräsident Oetinger vorgibt, nicht zu wissen wie er den Wegfall von Obrigheim im Ländle kompensieren soll. Doch, des Kaufmanns Gruß ist die Klage und so muß das Gejammer um den Wegfall des uralt Zwerg Obrigheim als Overtüre des Abgesanges auf den sog. Energiekonsens verstanden werden. Eigentlich geht es um den Weiterbetrieb der Leistungsreaktoren in der brd, von denen die beiden in Biblis 2007 und 2009 abgeschaltet werden sollten
(Wenn es dann noch eine rot-grüne Bundesregierung gibt).
Doch zurück nach Stade und Obrigheim. Glaubt mensch den Hochglanzprospekten von Eon und und EnBW, in denen blumig beschrieben wird wie aus den ehemaligen AKW-Standorten wieder eine " grüne Wiese" werden soll. Unterschlagen wird dabei das das radioaktive Inventar der Anlage damit mit nichten aufgehört hat zu strahlen, sondern sich nur an einem anderen Ort befindet, im Falle von Stade ist dies die WAA LaHague.
Um dieser Kirchturmpolitik etwas entgegen zu setzen gab es in den vergangenen Jahren einen kontinuierlichen Widerstand gegen die Castoren auf ihrem Weg nach Frankreich.
Seit Ende des Transportestopps erreichte bislang kein einziger Transport ungestört sein Ziel. In der Nacht vom 26.4- 27.4.05 steht nun der letzte Transport von Stade nach LaHague an, passender Weise am 19. Jahrestag des Supergaus von Tschernobyl. Um jeder die sich an der Stillegung der WAA LaHague beteiligen will, oder auch einfach den Grünen ihre Ausstiegsfeiern vermiesen will, eine Aktionsmöglichkeit zu bieten finden im Hamburger Umland folgende öffentlichen Aktionen an:

- Hamburg-Harburg: Mahnwache am 26.04. ab 19:30 Uhr S-Bahnstation Harburg-Rathaus, Ausgang Sand
- Mahnwachen finden in Buchholz/ Nordheide und Rotenburg/Wümme am statt.
- Von ContrAtom (Buchholz) wird entlang der Transportstrecke im norddeutschen Raum zu einer großflächigen "Brücken-Besetzungs-Aktion" aufgerufen: "Das Besetzen von Brücken ist eine völlig legitime Aktion mit dem Ziel, mittels breiter Öffentlichkeit auf die Gefahren des Atomtransportes hinzuweisen, außerdem wird der politische Preis der Castoren durch das Binden möglichst vieler Einsatzkräfte von Polizei und Bundesgrenzschutz in die Höhe getrieben."
- Von der CASTOR-GRUPPE BREMEN wird aufgerufen: "Besetzt am Transporttag Brücken entlang der Strecke Sagehorn-Ottersberg-Sottrum!" -
- Infos zum Transporttag gibt's unter 0421-79497684

Infopunkt am Bahnhof Ottersberg am 26.04., ab 18:00 Uhr.
(CASTOR-GRUPPE BREMEN)
- Im Münsterland (Osnabrück, Münster, Waltrop,...) sind weitere Proteste gegen den Atommüll-Transport angekündigt worden.

Interessierte Menschen können hier auch Kartenmaterial im Maßstab 1:10000 zu dem Streckenverlauf des CASTOR's einsehen:
Stade , Horneburg , Buxtehude , Hamburg-Neugraben , Hamburg-Harburg , Hittfeld , Klecken , Maschen , Jesteburg , Buchholz/ Nordheide , Tostedt , Rotenburg/Wümme
Weitere, ausführliche Kartenausschnitte findet ihr auch bei ContrAtom .

Normalbetrieb

Im schweitzer AKW Leibstad gab es am Ostermontag einen Kurtzschluss im Generator, der Reaktor mußte daraufhin für mindestens 4 Wochen vom Netz.

Auch im AKW Temmelin kam es zu einem Störfall, dem mitlerweile 76ten in 5 Jahren. Wegen eines Turbinnfehlers mußte der reaktor mehrere Tage vom Netz.

Im nordspanischen AKW Vandellòs II bei Taragona hat sich im vorigen Sommer ein Störfall ereignet, dessen Ausmasse erst jetzt bekannt geworden ist. In einem Kühlsystem war im August eine undichte Stelle aufgetreten. Das Kraftwerk blieb jedoch bis in Oktober in Betrieb, obwohl weite Teile des Röhrensystems korrodiert waren.

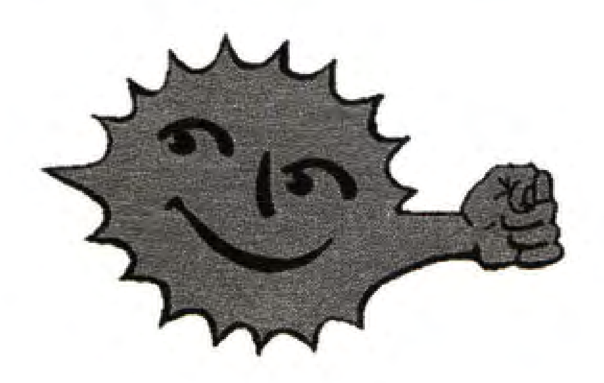
Aktion:

Am 16.04.05 fand erneut ein Urantransport von Gronau nach Russland statt.
An den Protesten beteiligten sich Gruppen aus Münster, Greven, Gronau, Ahaus, Kamen, Waltrop, Gladbeck, Osnabrück, den Niederlanden und viele Einzelpersonen.
Insgesamt waren wohl 150 widerständige Leute auf den Beinen. Auch die Bullen ließen sich nicht Lumpen und schickten eine riesige Man/Frauschaft an den Start.

17.04.05
Ab dem 27. Mai sollen die 18 Castor-Behälter von Dresden nach Ahaus rollen, und zwar in drei LKW-Fuhren über rund 600 km Autobahn. Dagegen haben gestern in Ahaus 350 Leute und 35 Landwirte mit Treckern demonstriert, in Dresden waren es 60 Leute.

17.-19.06.05 Frühjahrskonferenz der anti-Atombewegung in Salzgitter

Quellen: indymedia, Anti-Atom-Aktuell



Prozess in Aachen

Am 23.03.05 ging der Prozess gegen den belgischen Anarchisten Bart de Geeter, die spanischen Anarchisten, Jose Fernandez Delgado, Gabriel Pombo da Silva, sowie dessen Schwester Begonia Pombo da Silva vor dem Aachener Schwurgericht los.

Nachdem sie sich an einer Tankstelle einer Routinekontrolle mittels Geiselnahme und Flucht in einem Auto entziehen wollten, wurden alle vier am 28.Juni 04 in Aachen verhaftet. Genauere Informationen zu dem Ablauf sind auf der homepage www.escapeintorebellion.info zu finden.

Den Vorsitz der Kammer hat Dr. Nohl, Staatsanwalt ist Alexander Geimer, der auch die Anklageschrift verlas in der den drei Männern u.a.6fach versuchter Mord und Geiselnahme, Begonia Widerstand und ein Bankraub zur Last gelegt werden. (Die Anklageschrift als auch die Anträge der Anwälte, ausführliche Prozessberichte und Informationen zu FIES können ebenfalls auf der Homepage nachgelesen werden.) Nebenkläger sind die beiden Geiseln.

Zu Gabriel und Jose gibt es eine lange Vorgeschichte, beide haben jeweils über 20 Jahre in Spanien gesessen und die Bedingungen unter FIES kennen gelernt, Isolation und Folter. Das und die damit verbundenen Knastrebellionen hat sie politisiert. Ende 2003 sind sie aus Spanien, während sie auf Bewährung waren, geflohen, um auch weiterhin politisch arbeiten zu können. Bart kommt aus der anarchistischen Anti-Knast-Bewegung. Begonia ist die Schwester von Gabriel.

Die Anwälte von Gabriel sind Martin Poell/ Berlin, Carsten Rubarth/Bonn. Barths Anwälte sind Sven Lindemann und Olaf Franke aus Berlin. Jose wird vertreten durch Ulf Israel/Dresden und Petra Pusch/Köln. Begonias Verteidiger ist Thomas Pusch/Köln.

Zum Prozessauftakt gab es vor dem Landgericht eine spontane Protestaktion von etwa 50 UnterstützerInnen aus Belgien, Spanien, Holland, England und Deutschland: "Solidarität mit allen Gefangenen im Widerstand" und im Gerichtssaal wurde als die Gefangenen einzeln vorgeführt wurden "A las Barricadas..." gesungen.

Während Begonia als "freie" Angeklagte am Prozeß teilnimmt, Bart aus der JVA Köln "normal" angefahren wird und während der Verhandlungen ohne Fesselung ist, sieht das für Gabriel und Jose anders aus. Ihnen werden während der Fahrt von der JVA Aachen zum Gericht und zurück nicht nur die Hände und Füße gefesselt, ihnen werden auch die Augen und Ohren verschlossen. Sie müssen sich vor dem Transport in der JVA und zurück, auch beim Ankommen im Gericht nackt ausziehen. Während des gesamten Prozesses sind beide in Fußfesseln. Inzwischen sitzt Gabriel als Protest gegen diese Prozedur mit Unterhosen vor Gericht. Er sagte dazu, dass er von "Leuten (Faschisten) wie dem Richter im spanischen Knast gefoltert wurde. Wohin sollte er fliehen, mit all den Ninja-Bullen um sich rum." Auch die Verteidiger intervenierten wiederholt gegen die "Sicherheitsbestimmungen" – erfolglos. Nohl geht von erhöhter Fluchtgefahr aus und sieht das alles als notwendig an. Jose sprach vonPanik- und Angstzuständen, da ihm beim Transport jegliches Orientierungsgefühl, auch das für "oben und unten" verloren geht. Das ständige Ausziehen vor 15 Beamten ist demütigend. Auch nach Besuchen der Verteidiger in den Wartezellen des Gerichts werden die Gefangenen gefilzt.

Im Saal selbst ist während aller Sitzungen ein Aufgebot von Zivilbullen, was wir von keinem anderen Prozess so kennen. Es ist eine permanente Bespitzelung der Gespräche, Gesten und Mimiken. Sie versuchen auch nicht, das irgendwie zu verbergen.

Die Angeklagten selbst sind voneinander getrennt und bei jeglicher Kontaktaufnahme zwischen den Angeklagten selbst und natürlich uns, springen die Beamten dazwischen, was uns freilich nicht davon abhält es trotzdem zu tun.

Bisher wurden ZeugInnen vernommen, die direkt mit den Ereignissen an der Tankstelle "Stangenhäuschen", wo die Situation außer Kontrolle geriet und der anschließenden Flucht zu tun hatten. Auch die Geiseln sagten aus und berichteten über das für sie traumatische Erlebnis. Aus Respekt vor den Geiseln kam es unsererseits zu keinen Protestbekundungen an diesem Tag, da wir verstehen, welchen Ängsten das Paar ausgesetzt war, die sie noch nicht verarbeitet haben. Inzwischen gab es auch vereinzelt Gespräche mit den Geiseln, um ihnen mitzuteilen, dass unsere Verbundenheit und Solidarität für Jose, Gabriel und Bart nicht heißt, dass wir aus den Augen verlieren wie furchtbar das Alles für sie gewesen sein muss. Sie hatten sich inzwischen auch selbst schon über die Hintergründe der Angeklagten informiert.

Von den Überwachungskameras der Tankstelle waren die Filme zu sehen und entgegen einiger Aussagen der Zeugen, dass alle Männer bewaffnet waren, ließ Sven Lindemann protokollieren, dass zu erkennen war, dass Bart weder bewaffnet war, noch sich aktiv an der Eskalation beteiligte, sondern Deckung suchte und sich weiterhin passiv verhielt.

Da Joses Gesundheitszustand zu wünschen übrig lässt, zog die Verteidigung den Facharzt für Psychiatrie und Psychoanalyse, Herrn Hinüber hinzu. Nach einer ersten Untersuchung im Gericht sagte er aus, dass Jose an 1-2 Verhandlungstagen für ca. 4 Stunden verhandlungsfähig sei. Eine längere Aufenthaltsdauer in der Wartezelle, die nicht belüftet wird, kein Klo hat und lediglich eine größere Sitzbank, wäre nicht angebracht. Joses Puls sei bei dem Gespräch bei 106 gewesen. Als er ein Tag später aussagte, klang das alles nicht mehr so "dramatisch". Er meinte zwar, dass es vorstellbar sei, das die Isolation im Knast und die Transportbedingungen belastend wären, hält Jose aber auch in Hinblick auf seine Knastvergangenheit für stabil und sprach von einer Verhandlungsdauer von 6-7 Stunden. Die Transportbedingungen könne man so es die Situation erlaube "modifizieren".

Wenn wir zu den Sitzungen gehen, müssen wir zunächst mal durch eine Schleuse am Eingang des Gerichts. Unsere Ausweise werden kopiert und wir werden derart abgetastet, als hieße es beispielsweise bei den Frauen Knoten in den Brüsten zu finden. Alles unter den gierigen Augen der Zivilbullen. Dennoch gelingt es uns immer wieder zum Beispiel Stoffe in den Saal zu schmuggeln um Sätze wie "Folter ist Realität" in den Saal zu halten und auch zu rufen.

Inzwischen wissen wir, da wir zufälligerweise Notizen auf unsren Ausweiskopien entdeckten, dass sämtliche Kopien an die Polizei übergeben wurden/werden, die Abfragen bei "Inpol" über uns machten, worauf sich die Notizen beziehen. Als wir die Verteidigung darauf hinwiesen, verlangte die eine Einsicht der Unterlagen. Es sind ganze Strafregister an den Kopien, Bemerkungen wie "belgischer Anarchist, Freund des..." und Hinweise darauf, dass entsprechende Personen unter "polizeilicher Beobachtung" stehen. Die Tatsache der Übergabe unserer Daten an die Polizei, nahm die gesamte Verteidigung als Grund für Befangenheitsanträge gegen Nohl. Er hatte vor Prozess zugesagt, die Kopien zu vernichten und nicht an Polizei und/oder Geheimdienste weiterzugeben. Nohl sprach von "Gefahrenabwehr". Nur das sich lediglich die Bullen dafür interessieren und nicht die für die Sicherheit im Gericht zuständigen Justizbeamten. Nohl behauptete, nichts davon gewusst zu haben, was bedeuten würde, die Bullen würden auf eigene Faust agieren, wogegen das offensichtliche Abfilmen der UnterstützerInnen vor dem Sitzungssaal am Tag des Prozessbeginns spricht. Da Menschen sich eventuell einer solchen Bespitzelung nicht aussetzen wollen, ist eine umfassende Öffentlichkeit nicht gewährleistet. Abgesehen davon, dass das von einer Voreingenommenheit gegen die Angeklagten zeugt.

Mit diesen Befangenheitsanträgen endete die letzte Verhandlung.

Schanzenpark für Alle!
Repression stoppen - §129 und 129a abschaffen!

Vor über zwei Monaten wurde die Baustelle am Wasserturm im Schanzenpark eingezäunt und zum Teil eingerichtet. Bevor es richtig losgehen konnte, ging das erste Generalbauunternehmen, die Walter Bau AG pleite.
Zwar wurde relativ schnell ein Nachfolger gefunden, die Adolf Lupp GmbH & Co. KG, doch bis Anfang März war erst einmal Baustopp angesagt. Inzwischen wird allerdings weitergearbeitet, die alten Wasserkessel wurden bereits zerschnitten und die Einzelteile abtransportiert und es laufen die Vorbereitungsarbeiten für den unterirdischen Zugangstunnel. Von Seiten der Hotelgegner wurde immer gesagt, dass durch die Baustelle und den Hotelbetrieb die Nutzung des öffentlichen Parks stark eingeschränkt wird. Seit der Einrichtung der Baustelle am 10. Januar 2005 hat sich dies eklatant bewahrheitet. Zuletzt im Aus für das Open Air Kino.

Allein in den ersten Wochen nach Baubeginn (ohne die Demonstrationenam 10. und am 15. Januar 2004) wurden nach Informationen des Hamburger Senats insgesamt 3 065 Polizeibeamte im Schanzenpark und drumherum eingesetzt. In diesem Zeitraum wurden neben Ingewahrsamnahmen und Festnahmen 79 dokumentierte Platzverweise erteilt. Die Zahl der Platzverweise verdoppelt sich durch willkürlich ausgesprochene Platzverweise. Inzwischen sind wir bei über 250 Platzverweisen.
Zuletzt wurde diese Dauerpräsenz am Ostersamstag deutlich: während in Hamburg viele angemeldete und unangemeldete Osterfeuer stattfanden, wurde ein privates Osterfeuer verhindert, indem von den zahlreich aufgefahrenen Uniformierten alle Flammen über 20 cm Höhe sofort ausgetreten wurden; natürlich gab es auch wieder einige Platzverweise.

Repression und §129

Ein Höhepunkt der momentanen Repression bilden die im Anschluss an verschiedene Aktionen in Hamburg und Lübeck bei 7 Personen durchgeführten Hausdurchsuchungen und erkennungsdienstliche Behandlungen incl. entnahme von Gen-Proben. Hier wird versucht, mit dem Konstrukt einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) einen in der Presse verwertbaren angeblichen Fahndungserfolg zu konstruieren. Dies soll wohl ein Tätigkeitsnachweis der eilig ins Leben gerufenen Soko Wasserturm sein.

Laut Taz filzten die Fahnder des Landeskriminalamts am 16.03. elf Wohnungen und Fahrzeuge von vermeintlichen Hotelgegnern wegen des Vorwurfs der "Bildung einer kriminellen Vereinigung" (Paragraph 129 StGB). Im Verlauf der Staatsschutzaktion kam es zu zwei "Anschlussdurchsuchungen" mit der Begründung "Gefahr in Verzug" - also ohne richterlichen Beschluss.
Die richterlichen Durchsuchungsbeschlüsse richten sich gegen sieben Beschuldigte und eine so genannte Zeugin und bezogen sich vor allem auf das "Auffinden von Beweismaterial", das Rückschlüsse auf militante Aktionen gegen Gebäude, Institutionen oder Repräsentanten der Investoren und Betreiber zulassen. Da vier Beschuldigte Jugendliche sind, wurden auch die elterlichen Wohnungen durchsucht. Besonderes Augenmerk richteten die LKA-Fahnder auf das Auffinden einer bestimmten Sorte von Mineralwasserflaschen, die angeblich bei den Sachbeschädigungen verwendet worden seien.
Die Betroffenen der Razzia - soweit sie angetroffen worden sind - wurden zur erkennungsdienstlichen Behandlung ins Präsidium gebracht und zur Abgabe von DNA-Material gezwungen. "Nach Abschluss der Maßnahmen erfolgt ihre Entlassung, da keine Haftgründe vorliegen", sagte Polizeisprecherin Ulrike Sweden. "Das sichergestellte Beweismaterial muss noch ausgewertet werden."
Bei den Durchsuchungen ist laut Rechtsanwalt Andreas Beuth zwar umfangreiches Material wie Computer oder Zeitungsartikel sichergestellt worden - dieses habe jedoch nur "subjektive" Bedeutung. "Es ist überhaupt nichts Beweiserhebliches gefunden worden", sagt Beuth weiter. "Es ist ein Schlag ins Wasser."
Obwohl eine Verbindung zwischen den Lübecker und den Hamburger Aktionen nicht erwiesen ist, nahm der Staatsschutz die Lübecker Festnahmen zum Anlass, eine kriminelle Vereinigung zu vermuten, die für alle Sachbeschädigungen verantwortlich zeichnet. Aufgrund dieses Verdachts konnte der Staatsschutz umfangreiche Observationen, eine Handy-Anschluss-Auswertung sowie die richterliche Anordnung zur Entnahme einer DNA-Probe durchsetzen.

Auslöser der Polizeiermittlungen ist offensichtlich ein Anschlag auf das Lübecker Mövenpick-Hotel am 3. März. Damals hatten angeblich zwei Jugendliche mit Steinen zwei Fenster eingeworfen sowie zwei Farbbeutel gegen die Fassade geschleudert die anschließend festgenommen worden sind. Während abends auf dasselbe Hotel angeblich erneut eine Sachbeschädigung verübt worden ist, kam es in Hamburg gleich zu drei Sachbeschädigungen. So wurde der Carport des Golfhotels in Lemsahl in Brand gesteckt, in dem Caddys abgestellt waren. Auf das Haus des CDU-Schatzmeisters und Warburg-Bank-Chefs, Harald Boberg, der im Herbst 2003 zum Aufsichtsrats-Vorsitzenden des Wasserturm-Investors "Patrizia" berufen worden ist, wurden Farbbeutel geworfen. Zudem schleuderten Personen mit Farbe gefüllte Flaschen gegen die Fassade des Bezirksamts Eimsbüttel, das für die Genehmigung des Wasserturm-Hotels zuständig ist. Zu einer wohl ebenfalls geplanten Sachbeschä-digung auf das Luxus-Hotel Jacobs an der Elbchaussee ist es nicht mehr gekommen.

In einer Erklärung eines Anwaltes hies es hierzu: Am 16.3.2005 kam es zu insgesamt 11 Hausdurchsuchungen durch die Staatsschutzabteilung der Hamburger Polizei. In diesem Rahmen wurden 7 Beschuldigte festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und zur Abgabe von DNA-Material gezwungen. Eine derartige Durchsuchungswelle hat es in Hamburg seit Jahrzehnten nicht gegeben. Den Beschuldigten wird die Bildung einer kriminellen Vereinigung gem. § 129 StGB vorgeworfen. Dabei handelt es sich in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht um ein Konstrukt des Hamburger Staatsschutzes. Völlig unterschiedliche Aktionen verschiedener Gruppen werden wider besseren Wissens willkürlich zusammengefasst und allen Beschuldigten insgesamt pauschal zugeschrieben.
Die Festnahmen und Durchsuchungen beziehen sich allein auf die Aktion in Lübeck. Diese stellt rechtlich eine gemeinschaftlich begangene Sachbeschädigung dar. Nicht mehr und nicht weniger! Durch die tatsächlich und rechtlich unzulässige Verknüpfung mit den Aktionen in Hamburg bauen Staatsschutz und politische Abteilung der Hamburger Staatsanwaltschaft das Konstrukt der Kriminellen Vereinigung auf.
Der § 129 StGB ist ein reiner Ermittlungs- und Gesinnungstatbestand. Nach den polizeilichen Kriminalstatistiken werden etwa 98 % der Ermittlungsverfahren gem. § 129 StGB eingestellt, ohne dass es überhaupt zu einer Anklage oder gar Verurteilung kommt. Ziel der Anwendung des § 129 StGB ist die Berechtigung zu bestimmten strafprozessualen Maßnahmen, die lediglich aufgrund des Vorwurfs der Sachbeschädigung nicht hätten durchge-

führt werden dürfen. Allein das Konstrukt des § 129 StGB eröffnete den Ermittlungsbehörden die Möglichkeit der Observation, der zwangsweisen Abgabe von DNA-Marial sowie nach Erkenntnissen der Verteidigung auch der Telefonüberwachung. Trotz dieser weitreichenden Ermittlungsmöglichkeiten sind die Kriminalisierungsversuche der Hamburger Staatsschutzabteilung ein Schlag ins Wasser.

DEMO I

Am 19.03. fand eine Solidemo für die Angeklagten nach §129 statt. Etwa 400 zogen nach Startschwierigkeiten aufgrund eines defekten Generators vom U-Bahnhof Schlump los. Kurz nach Start der Demo gab es bereits eine erste Festnahme und größeres Gerangel. Die Bullen waren massiv vor Ort mit komplettem Fuhrpark, gingen Spalier und filmten viel. Eine Zwischenkundgebung direkt vor der Lerchenwache wurde untersagt. So mußte die Demo einige Schritte vorbeigehen. Eigentlich wirklich albern, aber andererseits Ausdruck für die Überspanntheit und den Wahnsinn der im Moment die Innenbehörde umtreibt. Von einem Anwalt wurden die Anschlagserklärungen zitiert und verlesen und im Hinblick auf diese erklärt, dass die Konstruktion des Verfahrens nach Paragraph 129 lediglich der Versuch ist die Protestbewegung einzuschüchtern, zu überwachen und zu durchleuchten. Danach zog die Demo zum Schanzenbahnhof weiter. Dort wurde eine weitere Person von den Schergen in Gewahrsam genommen.

DEMO II

Am 09.04.2005 fand eine weitere Demo gegen das Hotel im Wasserturm statt. Die ungewohnte Demoroute durch die engen Wohnstrassen nördlich von Altonaer Strasse und Kleinem Schäferkamp liess in der Phantasie der Bullen-Einsatzleitung wohl ungeahnte Horrorszenarien auftreten - so suchte ein Hubschrauber schon weit vor der Demo das gesamte Gebiet nach unentdeckten Seitenstrassen und verborgenen Hinterhöfen ab. Nicht umsonst, denn zahlreiche AnwohnerInnen und Projekte beteiligten sich an der Demo von Außen durch das Aufhängen von Transparenten oder Abspielen von Musik. Hierdurch sollte das zu erwartende Spalier durchbrochen und die Demo geöffnet werden. Wie befürchtet gab es schon zum Start mehrmals Reibereien mit dem Spalier. Aufgrund der engen Strassen zog sich die Demo etwas in die Länge und so war im hinteren Bereich weder vom Lauti noch von den Bullen irgendetwas zu sehen. Als die Demo in der Bartelsstrasse unter der S-Bahn-Brücke durch wollte lief sie sich fest. Die Strasse ist dort wegen Baustelle, abgestelltem Bagger und parkenden Autos nur noch ca. 3 Meter breit. Da die Polizei partout nicht auf ihre Begleitketten verzichten wollte (bei 3m Strassenbreite!!) gabs dann Geschubse, Stopp und Bullen-Lauti-Ansagen. Als die Bullen ihre Kette dann doch rausziehen wollten, sich dabei aber oberdämlich und eher aggressiv anstellten, gabs weiteres Geschubse und -Geplärre. Die Demo hatte sich mit dem Spalier verkeilt und es ging weder vor noch zurück. Erst nach langem hin und her konnte die Demo im festen Spalier die Engstelle durchqueren und zur Ecke Schulterblatt/Susannenstrasse weitergehen. Da gabs ein Unterhaltungsprogramm aus der Flora mit Fahnen-Schwenken, Transpi-Entrollen, Papp-Bullen-Pyro, Redebeitrag und lauter Musik.

Die Demo wurde dann aufgrund der vorangegangenen Auseinandersetzungen vorzeitig aufgelöst. Ohne dass die meisten Anwesenden irgend etwas bemerkt hätten, wurde vor der Flora eine Person wegen Vermummung in Gewahrsam genommen. Weitere 15 Personen wurden auf dem Weg zu einem Punkertreffen nach Altona in Gewahrsam genommen. Im Anschluß marschierten die Bullen noch bei Anwohnern in der Schäferstraße auf und zwangen diese ein Transparent wieder abzuhängen.

Das Aus für das Open-Air-Kino ...

... erstmals Eimsbüttels Bezirksamtleiter Mantell eingestanden: das Kino sei zu laut für die Hotelgäste,da der Investor nicht mehr als nötig in den Schallschutz investieren will. Laut einer Studie müsste der Schallschutz der Hotelzimmer deutlich verstärkt werden, damit weiterhin im Sommer das mehrwöchige "Outdoor Cine" stattfinden könnte. Doch die Mehrkosten will "Mövenpick" nicht tragen. Leiser werden kann das Kino aber auch nicht, denn die Soundanlage muss sowohl den starken Verkehrslärm der nahen Schröderstiftstraße als auch das laute Rattern der Züge an den Gleisen am Bahnhof Sternschanze übertönen. Noch vor einem knapp Jahr hatte Jürgen Kolper von Patrizia anders geklungen: Die Hauptlärmbelästigung für das Hotel gehe von der Bahn aus, sagte er der taz. Deshalb werde das Hotel mit Schallschutz und mechanischer Lüftung ausgestattet.

Während der Bauphase wird das Kino noch zweimal geduldet, aber nur, wenn die Betreiber "brav" sind und nichts gegen das geplante Hotel sagen oder tun. ""An dem Tag, wo am Bauzaun gerüttelt wird während der Aufführung, wird die Polizei den Veranstalter auffordern, das zu unterbinden", prophezeit Jens Meyer vom 3001. Im Zweifel müsste die Aufführung abgebrochen werden." (taz, 16.04.2005) Auch die Strombeschaffung wird schwierig, hat doch der Polizeisportverein verlauten lassen, dass das Kino keinen Strom mehr - wie in den letzten Jahren üblich - geliefert bekommt.

Das Kino 3001, bisher Mitveranstalter des Open-Air-Kinos, hat unter diesen Bedingungen seine weitere Beteiligung aufgekündigt.

Das Dach des Wasserturms...

...sollte mit grossem Medienrummel am Freitag, 15.04.2005, mit dem Kran vom Turm gehoben werden.Dies scheiterte kläglich! Offiziell wurde verbreitet, es hätte einen Defekt am Kran gegeben. Nach unseren Informationen hatte das Scheitern allerdings ganz andere Gründe: auf Grund des grossen Gewichtes des Daches drohteder Kran mangels genügender Gegengewichte umzustürzen; unbestätigt blieb auch die mitgehörte Aussage des Bauleiters, es würde die Gefahr bestehen, dass Teile der Turmaussenmauern einstürzen würden.

Polizeigewalt im Park

Es ist besser immer ganz still an der Baustelle vorbei zu gehen; sonst kann es schon 'mal passieren, dass mensch nach einem Wortgefecht mit Polizisten sich mit ausgekugeltem Arm und anderen Blessuren für mehrere Stunden in einer Zelle wiederfindet. So geschehen einem Gastronomiemitarbeiter in der Nacht vom 9. auf den 10.04.05 auf dem Nachhauseweg durch den Schanzenpark.

St. Pauli Fans gegen Nazis und Hotelbaustelle

Auch St.Pauli Fans gegen das Mövenpick-Hotel im Wasserturm. Beim Spiel der Oberligamannschaft gegen den SV Meppen im Sternschanzenpark provozierten ca. 30 Hooligans und Nazis aus Meppen; sie wurden nach Spielschluss von einem grossen Polizeiaufgebot zu ihrem Bus gebracht; danach wurden die St.Pauli-Fans quer über die Liegewiese Richtung S-Bahn getrieben. Unter den Parolen "St.Pauli" sowie "KeinHotel im Wasserturm" wurde am U-Bahnhof eine kleine Barrikade errichtet und der Papiercontainer ging in Flammen auf.

Und wie geht's weiter?

In den nächsten Monaten soll es laut freiem Netzwerk zahlreiche weitere Aktivitäten zum Thema Wasserturm und Repression geben. Im Mai ist eine Kundgebung mit kulturellem Rahmenprogramm im Park angedacht und Anfang Juni wird es eine große Soliparty in der Flora geben. Weiter wird es wohl mehrere Veranstaltungen zu Repression geben. Spätestens im Juni wird dann auch trotz der massiven Repression und der polizeilichen Verhinderungsstrategien wieder eine Demo gegen das Hotel im Wasserturm stattfinden. Wichtig ist den Park weiterhin als umkämpften Raum zu begreifen und die begonnen Aneignungs-

prozesse fortzusetzen.
Das freie Netzwerk für den Erhalt des Wasserturms stellte in einem seiner Flugblätter fest: Das Projekt Hotel im Wasserturm findet nicht zufällig und isoliert statt, sondern ist Teil des Konzepts der wachsenden Stadt, das seit geraumer Zeit vom CDU-Senat in Hamburg umgesetzt wird.
Das geplante Hotel im Wasserturm ist also nur ein Teil der sogenannten Aufwertung. Im Unterschied zu anderen Aspekten dieses Prozesses, die sich langsam und im Verborgenen abspielen, wird die Aneignung öffentlichen Raums und die Vertreibung aller als störend empfundenen Personen hier offensichtlich. Auch aus diesem Grund wehren wir uns auf das Entschiedenste gegen die Kommerzialisierung des Schanzenparks.
Wir lassen uns nicht vertreiben: wir werden mit Beginn der wärmeren Frühlingsabende diverse kleine und große Grillfeste, gemütliche Lagerfeuer, Musik und ähnliches veranstalten; auch damit zeigen wir den Verantwortlichen, dass wir den Park weiterhin, wie die vielen Jahre zuvor, intensiv nutzen werden. Wir lassen uns die Nutzung des Parks nicht verbieten und werden dem Bezirksamt, Patrizia und nicht zuletzt Mövenpick zeigen, dass sie nicht einfach einen öffentlichen Park "besetzen" können!

Beteiligt euch weiter am Protest und Widerstand und unterstützt dies, wenn möglich, auch mit einer Spende auf unser Konto, davon werden u.a. auch Flugblätter, Plakate, Anwälte u.a. finanziert.

Empfänger: Schanzenturm
Konto-Nr: 964049201
BLZ: 200 100 20 Postbank Hamburg

parkschnipsel

Central Park" stoppen - Die Stadt gehört allen!

Während im Schanzenviertel der Bullenterror täglich zunimmt um das Hotel im Schanzenpark fertigzustellen, wird auch an anderer Stelle öffentlicher Raum privatisiert. Die Yuppie Kneipe Bar Rossi plant gemeinsam mit dem pseudo-alternativen Laden Waagenbau die grösste "outdoor-location hamburgs". Den "Central Park mitten im sonnigen Herzen des Schanzenviertels".
Auf der Freifläche zwischen dem Parkplatz am Schulterblatt und dem Autohöker an der Lippmannstraße liegt ein großes Grundstück an der Max-Brauer-Allee. Diese Fläche gilt den Betreibern als " Schandfleck des Viertels" und genau das solle sich nun ändern! Statt einem dringend benötigten neuen Bauwagenplatz werden auf dem fußballfeldgroßen Grundstück Holzterrassen und Freiflächen für Saufen und Fressen in kultivierter Clubatmosphäre geplant. Neben den Nutzungsflächen unter freiem Himmel wird es zudem Räume aus umgebauten Containern, überdachten Plattformen und Bereiche unter Sonnensegeln geben, so dass auch bei schlechtem Wetter der "Central Park" genutzt werden kann.
Drei Bars mit einer Schankfläche von je 12 Metern sowie ein Küchentresen mit einer Ausgabefläche von ebenfalls 12 Metern sollen für Umsatz sorgen. Es sind 80 überdachte und rund 200 Sitzplätze unter freiem Himmel geplant. 30 Parkplätze am Gelände und ein direkt angrenzender öffentlicher Parkplatz mit 120 Stellplätzen bieten Platz für die Horden anreisender Volldeppen, die erwartet werden. Der "Central Park" droht immerhin damit, von Mai bis September täglich von 10.00 bis 22.00 Uhr geöffnet zu haben.
Die Veranstalter wollen allen Besuchern die Möglichkeit geben in "entspannter Atmosphäre zu relaxen". Selbstredend daß Obdachlose oder Junkies keinen Zutritt haben werden. Während also in ganz Hamburg immer mehr Bullen unterwegs sind um Punker in Ottensen zu vertreiben, Besucher des Schanzenparks zu verdrängen oder DrogenkonsumentInnen durch die Stadt zu jagen, ist die Antwort der Schanzen Schickeria, sich eigene exclusive Bereiche zu mieten. Während der Schanzenpark privatisiert wird, das Open Air Kino aus Lärmgründen ausfällt, während am Schlachthof die Liegewiese zugebaut wird mit einem Mediencenter für noch mehr Flip-Flop-Träger im Viertel, während das Karoviertelfest von der Polizei verhindert wird, erweitert sich der kommerzielle Biergarten auf der Piazza in die Max Brauer Allee.

Der "Central Park" ist eine wiederliche Umstrukturierungsmaßnahme die den Trend zur Privatisierung öffentlicher Räume fortsetzt. Gleich Schubkarrenweise erhoffen sich die Betreiber die hippen Gäste. Bleibt nur zu hoffen das sich alle ungeliebten BesucherInnen kostenlosen Zugang zur neuen Yuppie Area im Schanzenviertel verschaffen. Hamburg umsonst? Von Mai bis September täglich im Schanzenviertel!!
Feuer und Flamme für Flip und Flop!

Dokumentationen:

Das Mövenpickhotel im Wasserturm verhindern!

Am 04.03.05 haben wir an zwei Hamburger Luxushotels unsere Spuren hinterlassen, das Eimsbüttler Bezirksamt und einen Verantwortlichen der Patrizia Projektmanagementgesellschaft besucht.
- Am Hotel Louis C.Jacob in Blankenese wurde die Fassade eingefärbt.
- Am Marriot Hotel Treudelberg wurde eine Garage mit Elektrocars fürs Golfspielen abgefackelt.
- Am Bezirksamt Eimsbüttel, verantwortlich für die Umsetzung der Hotelpläne im Wasserturm, wurde Farbe hinterlassen.
- Beim CDU-Schatzmeister, Banker und Patrizia-Aufsichtsratsmitglied Harald Boberg in Othmarschen wurde die Hausfassade farblich neu gestaltet.
Unsere Aktionen zielen auf den sensiblen Tourismus-Sektor in dieser Stadt, den Bürgermeister Beust und Finanzsenator Peiner als "Motor der wachsenden Stadt Hamburg" bezeichnen.
Mit Vorzeigeprojekten wie der Elbphilharmonie und der Hafencity wollen sie Hamburg unter die "Top Ten" der europäischen Tourismusmetropolen bringen. Da rein soll ohne Ende Kohle fliessen, während im sozialen Sektor Kahlschlag angesagt ist. Alles, damit Hamburg im internationalen Wettbewerb nach vorne kommt und für Investoren attraktiv gemacht wird. in den Messeneubau, der heute zum ersten Mal seine Pforten für die Internorga öffnet, werden über 300 Millionen Euro gesteckt. Das 4-Sterne-Hotel im Wasserturm soll 2006 bezugsfertig sein und vor allem MessebesucherInnen anziehen.
Aber die Chancen, dieses Projekt doch noch zu verhindern, stehen gar nicht schlecht. Der Tourismus lebt vom Renommee einer Stadt - und nichts lässt sich so gut angreifen und beschädigen wie der "Gute Ruf".
In einem Hamburg, welches zuallererst eine Metropole der Abschiebungen, Brechmittelfolter und verschärften Polizeigesetze ist, brauchen wir keine heile Touri-Welt und keine wachsende Stadt.
HUNT THE RICH!
STANDORT HAMBURG ZERBRÖSELN!

Arbeitsgruppe für einen Kolbenfresser im Motor der wachsenden Stadt"

Anschlag auf den Mövenpick Hotelbau

am Donnerstag 03.03.05 gab es einen Farbbeutel- und Steinanschlag auf das Hotel Mövenpick in Lübeck.
Es gab Glasbruch und eine optische Fassadenverschönerung.

Kein Hotel im Schanzenpark Mövenpick verpiss dich.



Schanzenstraße 27

täglich geöffnet ab 19:30 Uhr und nach Heimspielen

alternative Rock-Pop und Punk

Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR

UNTER EINEM ANDEREN STERN

Rundstücken NACH LANGER NACHT

Spätstücken

im **FRITZ BAUCH**



Bücher, Broschüren und ein Archiv zu folgenden Themen haben wir:

- ★Feminismus ★Antifaschismus
- ★Internationales ★Umstrukturierung
- ★Antirassismus ★Repression
- ★Anarchismus ★Kommunismus
- ★Linke Geschichte und Theorie
- ★Anti-AKW ★Aktuelle Infos

kleiner schäferkamp 46 | 20357 hamburg
tel 040 44 60 95 | fax 040 410 81 22

öffnungszeiten
mo, di, mi, fr 15 - 19 uhr | sa 12 - 15 uhr

Ihr könnt Euch ausserdem selber Material für Büchertische zusammaenstellen.

Schanzenstern

ÜBERNACHTUNGS- UND GASTHAUS

Bartelsstraße 12
20357 Hamburg
Tel.: 040 / 432 90 409
Fax: 040 / 439 34 13
http://www.schanzenstern.de

RESTAURANT / CAFE

überwiegend mit Produkten aus ökologischem Anbau

Fleisch und Wurst ausschließlich vom Bioland-Hof

Hausgemachte Vollwertkuchen

täglich wechselnd Mittagstisch - Abendkarte
Sonntags Frühstücksbüffet kalt / warm

Mo 18⁰⁰-1⁰⁰ Uhr
Di-Sa 10³⁰-1⁰⁰ Uhr
So 11⁰⁰-1⁰⁰ Uhr

UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN

ab DM 33,- pro Nacht
Prospekt anfordern



Meuchefitzer Gasthof und Tagungshaus
in Selbstverwaltung

für Einzelreisende und Gruppen bis 45 Personen
ab 9 €

SelbstversorgerInnenküchen und/oder bekocht werden

immer donnerstags Kneipe

Meuchefitz Nr. 19
29482 Küsten (Wendland)

Tel.: 05841/ 5977
gasthof@meuchefitz.de
www.meuchefitz.de

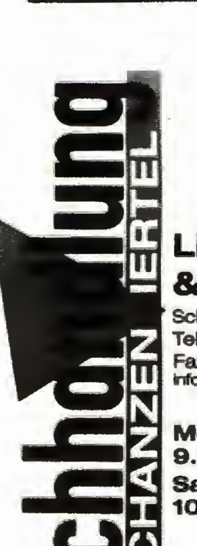
Schwarzer Hahn Lensian



Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpfl.
- Übernachtung 17,-/20,- DM pro Person
- Seminarraum, Selbstversorger-Küche, Aufenthaltsräume, großer Innenhof

Kulturverein Schwarzer Hahn e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 0 58 43 / 241
Fax: 0 58 43 / 1413
e-mail: tagungshaus@schwarzer-hahn.de
www.schwarzer-hahn.de



Literatur & Politik

Schulterblatt 55
Tel. 040 / 430 08 08
Fax. 040 / 430 16 37
info@schanzenbuch.com

Mo. - Fr.
9.30 - 18.30
Samstag
10.00 - 16.00

c/o
Die Druckerei
Buchhandlung im Schanzenviertel GmbH
20357 Hamburg





Flora Programm im Mai

01. - 15.05. Ausstellung

Ausstellung zur Liquidierung von Lidice
Anlässlich 60 Jahre 8. Mai. Lidice- ein Ort ausgelöscht aufgrund von massiven Vergeltungsmaßnahmen gegen die tschechische Zivilbevölkerung. Ein Vergeltungsmaßnahme aufgrund des gelungenen Attentates gegen Reinhard Heidrich, den Chef des Reichsicherheitshauptamtes in Prag. Am Abend des 9. Juni 1942 wurde Lidice umstellt. Am nächsten Tag wurden die BewohnerInnen erschossen oder deportiert. Der Ort Lidice wurde in Brand gesteckt, gesprengt und schließlich durch Züge des Reichsarbeitsdienstes eingeebnet, um die Gemeinde vollständig von der Landkarte zu tilgen.

03.05. Dienstag HC-Konzert

21h, R.A.M.B.O. + support

04.05. Mittwoch Party

21h, Karaoke + Punxparty mit Band plus Maschine
fuer Soliprozesskosten mutwillig illegal huepfen springen

05.05. Donnerstag Konzert

21h, Noise Makers Fifes
Kommen aus Belgien und machen elektroakkustische experiemental Musik auf selbstgebauten Instrumenten. Theater und Balletbuehnen sind ihnen nicht fern, jedoch jetzt sind sie hier mit ihrem dichten und athmosphaerischen Sound

06.05 Freitag Konzert und Party

23h Soliparty für den Buko
mit Herrchens Frauchen, Bernadette la Hengst, Petting und andere incl. zahlreichen DJ's

07.05. Samstag Party

22h, Queerruption-Soliparty
girlswholikeporno.com vs pornflakes

13.05.05 Freitag Party

22h, Reagge/Roots/Dancehall Party
Hamburgs finest mit Roots Commandement, Rainbow Soundsytem feat. Silver & Spanishman, Ruffrotation, Dj Wig, Rootswise Youth, Rok, Clemens.

14.05. Samstag Party

23h, Heavy Dubing vom Feinsten

15.05. Sonntag Konzert

21h, Stage Bottles und Stalaysak plus DJs
Abschlussfeier von dem antirassistischen Fanclubfussballturnier

20.05. Freitag Party

21h, Bauwagenplatzsoliparty
mit Hardcore, Punk, Reggae – Drum´n´Base – Chill Out – … unterstützt von: Gaußplatz, Lobusch, Rondenbarg
Nachdem schon viele Bauwagenplätze dem Räumungswahn der Stadt zum Opfer gefallen sind, stehen nun auch Rondenbarg, Gaußplatz und Henriette vor dieser Bedrohung. Der Vertrag des Platzes Rondenbarg endet am 31.3.05.; die Stadt übt sich in Hinhaltetaktik. Für bestehende und auf uns zukommende Kosten brauchen wir eure Unterstützung. Bauwagengesetze kippen,Freiräume erobern und Verteidigen!

21.05. Samstag Party

22.30h I-livity

27.05. Freitag Konzert

21h, 5 Punkbands als Überraschungspaket
achtet auf die Flyer

28.05. Samstag Party

Shanty Town

Regelmäßige Flora Termine:

Montag ab 19 Uhr Kochsession veganes Essen ab 17 Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen 18.30 – 21 Uhr Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen Dienstag 18-23 Uhr Dubcafe Mittwoch 19 Uhr "Wie es euch gefällt-artcafe Donnerstag 19.30 Uhr Anti-Castor Cafe jeden 1.+3 ab 19 Uhr Kochkollektiv veganes Essen 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen Samstag food not bombs veganes Essen Sonntag ab 17 Uhr Cafe Niemandsland richtige Politik, echter Kaffee und frischer Kuchen Studio F (FSK 93.0) sendet ganztätig aus der roten Flora